

Danziger Zeitung.

No 15044.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Petterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserlichen Postämtern des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1885.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 21. Jan. (M. T.) Der Kaiser hat eine gute Nacht gehabt. Sein Zustand ist bestem Vernehmen nach unbedenklich.

Santiago, 21. Januar. Nach einer Meldung von Reuters Bureau ist am Sonnabend Abend ein Versuch gemacht, den Präsidenten von Chili mittelst einer Gaskanone zu tödten. Der Versuch ist jedoch mißlungen.

Telegraphische Nachrichten der Danz. Ztg.

Aden, 20. Januar. Wegen des sehr niedrigen Wasserstandes und des Treibeises, welches sich bei einer Kälte von 5 Grad gebildet hat, ist die Schifffahrt auf dem Rhoine geschlossen. Die Schiffsbrücke soll demnächst abgefahren werden.

London, 20. Januar. Der Premier Gladstone kam Nachmittags von seinem Schlosse Hawarden nach London und präsidirte einem Cabinetssitzung, welchem alle Minister beizuhörten.

Algier, 20. Jan. Die Dampfer „Bearn“ und „Provence“ sind heute mit 2600 Mann Truppen für Tongking in See gegangen.

Port Said, 20. Januar. In Folge heftigen Sturmes ist die Schifffahrt im Suezkanal eingestellt; alle Schiffe sind in Sicherheit.

Politische Uebersicht.

Danzig, 21. Januar.

Die Mehrforderungen bei dem Marineetat gaben gestern im Reichstage den Anlaß zu einer ausgedehnten Colonialdebatte, in welcher die Stellung der einzelnen Parteien zu der von der Regierung verfolgten Colonialpolitik einen prägnanten Ausdruck fand. Die berühmten Erklärungen des Fürsten Bismarck am 26. Juni 1884 sind bisher der rocher de bronze aus diesem Gebiete gewesen und sie werden es bleiben, bleiben müssen, wenn sich nicht ein vollständiger Umschwung in den bisherigen Constellationen vollziehen soll. Eine auf jene Erklärungen basirte Colonialpolitik hatten die Freimüthigen und auch das Centrum von Anfang an gebilligt. Das Centrum hält jedoch die am 26. Juni gezogenen Grenzen bereits für überschritten; es bewilligt die jetzigen mit der Colonialpolitik im Zusammenhang stehenden Forderungen nur mit Rücksicht auf die engagirte deutsche Ehre. Die Freimüthigen dagegen genehmigten die Forderung in der Annahme, daß ein Ueberschreiten jener Grenzen jetzt noch nicht zu constatiren sei. Und so lange dies nicht der Fall ist, wird die Regierung hier stets die freudige Unterstützung der Freimüthigen finden; tritt derselbe aber ein, so ist es selbstverständlich, daß wir Nichter erklärte, von neuem Stellung genommen werden muß. Eigentümlich mußten die Ausführungen des konservativen Abgeordneten v. Hell dorf berühren, welcher die Erklärungen des Reichskanzlers vom 26. Juni dadurch ihres fundamentalen Charakters zu entkleiden suchte, daß er die kühne Behauptung aufstellte, der Reichskanzler habe sich damals aus diplomatischen Rücksichten nicht mit voller Offenheit auslassen können, seine Ausführungen seien nur ein Nothbehelf gewesen. Schade, daß Fürst Bismarck nicht der Sitzung beizuhörte! Wäre er dagewesen, so würde er gewiß nicht unterlassen haben, gegen diese Auslegung seiner Worte Protest einzulegen.

Daß die Socialdemokraten die ganze Colonialpolitik verwerfen und sich auch gestern gegen alle auf dieselbe bezüglichen Forderungen erklärten, war nach den bereits früher gemeldeten, kürzlich gefaßten Beschlüssen dieser Fraction nicht anders zu erwarten.

Ein ganz neues Schauspiel im gestrigen Reichstag war es, daß plötzlich Hamburg und Bremen, Woermann und H. Meier, Jonsky und Wasser, auf einmal einig waren: ein Herz und eine Seele. Windthorst war es, der diese Erscheinung hervorgerufen. Er wies auf die ungerückte Kälte hin, welche bisher die beiden Nordseehäfen und ihre Vertreter in der Dampfercommission gezeigt hatten, wenn auch mit der Mäßigkeit und in den Formen, wie achtungswerthe Männer ihre Differenzen zu markiren pflegen. Darauf kam zur Ueberraschung ein gegenseitiges Ueberschütten von Hochachtungsbegründungen und schließlich die (schon telegraphisch wiedergegebenen) Mittheilungen Woermanns, die Subcommission der Dampfersubventionscommission habe heute die Bedingungen festgestellt, welche den Unternehmern der subventionirten Dampferlinien aufzuerlegen seien. Man verwunderte sich anfangs darüber, schreibt man uns, aber bald kam die Aufklärung: über die Bedingungen, welche einer von ihnen dem andern aufzuerlegen hätte, würde man sich wohl nicht so schnell geeinigt haben; aber man hatte erfahren, und Herr H. Meier hatte schon vorgestern Abend darüber eine Andeutung in der Commission gemacht, daß Keiner von Beiden wenigstens den Haupttheil der subventionirten Linien erhalten werde, sondern das favorisirte Consortium Hansmann und Genossen. Dem dritten gegenüber war man leicht einig. Aber wer weiß, ob die Herren bis dahin so eifrig Vorschlag geleistet hätten, wenn sie gewußt hätten, daß sie nur dazu bestimmt waren, die Führe bis in die Höhe des Berges zu bringen.

Zwei Momente waren bei der gestrigen Fortsetzung der Etatsberatung im Abgeordnetenhaus von besonderer Bedeutung. Einmal die Erklärung des Redners des Centrums, Freiherrn v. Huene, daß das Centrum einen Antrag einbringen werde, die Reichseinnahmen aus den im Reichstage zu bewilligenden neuen Getreidezöllen, soweit sie auf Preußen fallen, ausschließlich den Communen zu überwiesen; ob an die Kreise oder Gemeindebez. Gutsbezirke, sagte Herr v. Huene nicht, und wo das Reich dann bleiben soll, wenn es Mehrbedürfnisse hat, weiß man auch nicht. Dem Vorschlage steht außerdem das grundsätzliche Bedenken gegenüber, welches von liberaler Seite stets gegen die sogenannten „Verwendungs-

gehe“ des Finanzministers Bitter erhoben wurde, daß nämlich die Entlastung der Communen auf schwankende Erträge indirecter Reichsteuern basirt würde, daß also etwaige Einnahmeausfälle nicht aus den Mitteln der Gesamtheit, sondern durch die Communen selbst zu decken sein würden.

Andererseits — und das ist der zweite wichtige Punkt im Laufe der Debatte — erklärte der Finanzminister v. Scholz dem Abg. Richter gegenüber, daß er im Gegensatz zu den Bestrebungen seines Vorgängers im Sinne gegen die schwankenden Ueberweisungen sei; er strebe eine Entlastung der Gemeinden nur durch endgiltige gesetzliche Ueberweisungen von Staatsmitteln an. Diese Erklärung ist zum ersten Male abgegeben. Bisher war dieses Ziel des Finanzministers vollständig unbekannt. Wie aber die festen Dotationen an die Communen zur Ausführung kommen sollen und an welche Communen oder Communalverbände, darüber hat Herr v. Scholz gar nichts gesagt.

Der Borsensteuerantrag Dechelhäuser, der als Antrag der Nationalliberalen den Namen Antrag Arnspenger, des ersten Mitgliedes der Fraction dem Alphabet nach, angenommen hat und der heute im Reichstage berathen wird, um jedenfalls einer Commission überwiesen zu werden, ist in der That bezüglich der Steuerhöhe verändert, d. h. verschärft worden. Der Steuerfuß von 20 Pf. gilt nur von Geschäften im Werth bis 1000 Mk., von 1000 bis 5000 40 Pf., von 5001—20 000 (früher 30 000) Mk. 60 Pf., von 20 001—50 000 Mk. 1 Mk. (früher 30 001—100 000 Mk. 1 Mk.), von 50 001 bis 100 000 Mk. 2 Mk. (früher bis 200 000 Mk. 2 Mk.) und dann wird die Scala in der Weise festgelegt, daß jede weitere 100 000 Mk. 2 Mk. Steuer bezahlen, nachdem nach dem Antrag Dechelhäuser von allen Geschäften über 200 000 Mk. nur 3 Mk. erhoben werden sollten. Unsere gestrige Ankündigung hat sich also bestätigt.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus wurden gestern zwei Regierungsvorlagen betreffend Bestimmungen gegen gemeingefährliche socialistische Bestrebungen und betreffend Bestimmungen gegen den gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen eingebracht. Die erstere unterlag der Bildung von Vereinen, von welchen mit Recht anzunehmen ist, daß sie geeignet seien, socialistischen, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen zu dienen; bereits bestehende Vereine, welche solche Zwecke verfolgen, sind aufzulösen. Vereine zur gegenseitigen Unterstützung ihrer Mitglieder sind, wenn dieselben außerdem den oben bezeichneten Bestrebungen dienen, vorerst unter besondere staatliche Controle zu stellen; Verammlungen, welche den erwähnten Bestrebungen dienen, sind zu untersagen, eventuell aufzulösen; desgleichen ist derartige Druckchriften die Weiterverbreitung zu untersagen. Periodischen Druckchriften beizubehalten, gegen welche bereits zweimal das Verbot der Weiterverbreitung ausgesprochen worden ist, kann das Weitererscheinen unterlag werden. Die Hauptverhandlung über Anlagen wegen einer strafbaren Handlung beizubehalten Tendenz ist nach dem Gesetze über zeitweilige Einstellung der Geschworenengerichte zu führen. Das Gesetz soll für die Dauer von 5 Jahren in Kraft bleiben und das Gesetz sowie die Verordnung über Einstellung der Geschworenengerichte in Wien, Kornelburg, Wiener Neustadt soll außer Kraft treten.

Im Abgeordnetenhaus wurde ferner eingebracht der Vertrag über die unterseidischen Kabel, eine Vorlage wegen Verrückung der Reichsraths-Wahlordnung für Niederösterreich, sowie Vorlagen über Abänderung der Bestimmungen wegen Einlösung der böhmischen Weisbahn, über die Betriebsübernahme eventuell die Einlösung der Prag-Duxer und Dux-Bodenbacher Bahn, endlich über die Erneuerung der Concessionsbedingungen für die Ferdinands-Nordbahn. Der Deputirte Prossowetz brachte eine Interpellation wegen Erhöhung der Getreidezölle, ein. Richter beantragte die Herbeiführung eines gemeinsamen Vorgehens mit Deutschland zur Abwehr gegen die überseische und russische Concurrenz. Auf künftige eine Interpellation wegen Unterstützung der Wahl von Triest zur Kopstation für die deutsche Dampferlinie an.

In der Sitzung der spanischen Deputirtenkammer am Montag interpellirte der republikanische Deputirte Labra die Regierung über ihre auswärtige Politik, insbesondere über die Stellung Spaniens zu Deutschland und Italien und forderte eine kluge, aufmerksame und die Dinge voraussehende Politik von der Regierung. Der Ministerpräsident Canovas del Castillo wies auf die Widersprüche in den Ausführungen Labras hin, Labra fordere einerseits eine weitgehende Politik und tadelte andererseits doch die hierzu erforderliche militärische Entwicklung Spaniens. In Bezug auf Deutschland sprach sich der Ministerpräsident in der achtungsvollen Weise aus, gleichzeitig bestätigte er, daß zwischen Spanien und Italien bezügliche Freundschaft bestehe und daß er gewonnen sei, dieselbe aufrechtzuerhalten, weil dieselbe im Interesse Spaniens liege. Auf die Beziehungen zwischen Italien und der päpstlichen Curie betreffenden Fragen lebte es Canovas ab, einzugehen; Spanien wolle der päpstlichen Curie gegenüber seine Unabhängigkeit wahren, wünsche aber in Spanien den Katholicismus und die Achtung vor der Religion erhalten zu sehen. Das unpatriotische Bestreben der Opposition, Spanien mit den europäischen Mächten zu entzweien, werde keinen Erfolg haben.

Die Thronrede, welcher der finnländische Landtag eröffnet ist, giebt der Gemüthsart über die Fortschritte im Staatshaushalte Ausdruck. Die Einnahmen hätten die Vorschläge derart übersteigert, daß die Ueberschüsse die Ausführung einer Reihe öffentlicher Arbeiten, die Bildung eines Reservefonds für den Fall etwaiger künftiger finanzieller Erfordernisse, sowie eine Verabfolgung der

Steuern gestatteten. Die Thronrede erwähnt ferner die erfreulichen Fortschritte auf dem Gebiete der Volksaufklärung und spricht sich lobend über die aus Finnland hervorgehenden Truppentheile aus. Unter den Gesehntwürden, welche dem Landtage zugehen sollen, werden u. a. angekündigt solche über die Einführung des Motionsrechtes, des Lehnrechts, des Meterhystems, der Postparaffassen und über den Bau verschiedener Bahnen, und zwar der Bahnen Helsinki-Willmanstrand, Raipais-St.-Michel-Knoppio und Waja-Brandö.

Die französischen Gegenwortsätze betreffs der ägyptischen Finanzen gefallen den Engländern, je länger sie dieselben befehen, immer weniger. Die „Times“ kämpft unablässig gegen dieselben an und bezeichnet sie als unvereinbar mit einer Englands würdigen Politik. Dieselben könnten auch augenscheinlich nicht derartig modificirt werden, um eine erträgliche Basis für die Unterhandlung zu bilden. Insbesondere bekämpft das Blatt die internationale Garantie, die Enquete und die Neutralisirung des Suezkanals und glaubt, daß die Regierung möglicher Weise behufs rascherer Erledigung der Finanzfrage einen neuen Plan unterbreiten werde, nach welchem England allein die Garantie für die Neun-Millionen-Anleihe übernehme und die Einkünfte aus den Domänen und der Daira als Sicherheit für die englische Anleihe nicht in Anspruch nehme. Diese Garantie, meint die „Times“, würde natürlich eine Beilegung der übrigen Mächte an der Verwaltung Ägyptens ausschließen und die Aufhebung des Liquidationsbuchs zur Folge haben.

In London war vorgestern das Gerücht verbreitet, daß der italienische Gesandte in London vor etwa 14 Tagen an Lord Granville ein Schreiben gerichtet habe, in welchem er um die guten Dienste Englands bei der ägyptischen Regierung behufs Abtretung Massaras an Italien nachgesucht hätte. Lord Granville habe diesem Ersuchen in einem Briefe an den englischen Generalconsul Baring in Cairo Folge gegeben. Von der ägyptischen Regierung sei es jedoch abgelehnt worden, dem Verlangen Italiens nachzukommen, weil eine solche Abtretung im Widerspruch zu Firmans des Sultans stehen würde. Diese Nachricht nahm sich von vornherein wunderbar aus. In Massara, dem Hafensort, welches sich das von dem Meere abgegrenzte Aegypten immer als Preis einer Allianz mit Aegypten gegen den Mahdi ausbedungen, haben sich schon längst die Engländer zu eigenisiert, daß sie, ganz abgesehen davon, was Aegypten dazu sagt, es nie zugeben würden, daß die Italiener daselbst Fuß fassen. Die „Agenzia Stefani“ erklärt denn auch, wie aus Rom telegraphirt wird, jene Meldung für unbegründet.

Die Reise des 1. Justizministers Hassan Fehmi wird noch immer lebhaft besprochen. Eine ganz neue und auffällige Erklärung für dieselbe finden wir in dem „Daily Telegraph“. Einer Wiener Correspondenz desselben zufolge hat der Zar jüngst ein eigenhändiges Schreiben an Abdul Hamid gerichtet, worin er ihm den Abschluß eines geheimen russisch-türkischen Allianz-Vertrages in Vorschlag bringt, dem zufolge der Türkei in inneren oder auswärtigen Verwicklungen von Rußland bewaffneter Beistand geleistet werden soll. Da in Konstantinopel russischen Freundschaftsbetheuerungen nicht unbedingt getraut wird, ward beschlossen, Hassan Fehmi Pascha nach London zu senden, um der britischen Regierung den Antrag Rußlands zu unterbreiten und anzufragen, in welcher greifbarer Form sie vorbereitet sei, die Rechte des Sultans in Aegypten anzuerkennen. — Was daran wahr ist, muß freilich dahingestellt bleiben.

Während seines Aufenthaltes in Paris soll Hassan Fehmi Pascha auf Grund einer speziellen und vertraulichen Mission des Sultans und der Pforte mit Baron Hirsch verhandelt haben, um die schwebenden Fragen betreffs der Eisenbahnen in Rumelien einschließlich der Erbauung von Verbindungsleitungen zu regeln. Baron Hirsch soll den bezüglichen Vorschlägen zugestimmt haben. Der Entwurf der Vertragsbestimmungen, der in Folge dessen ausgearbeitet ist, soll Mittwoch der Pforte unterbreitet werden.

Der Sultan soll wieder einmal die Absicht haben, ein 6000 Mann starkes Truppencorps nach Suakin zu senden. Da die Türkei natürlich kein Geld dazu hat, soll auch hier das unglückliche Aegypten herhalten, indem die Kosten durch die Einkünfte gewisser Aegypten gehörigen Territorien am Ufer des Rothen Meeres garantirt werden sollen. Ob mehr als eine Laune des Sultans hinter diesem Plane steckt, läßt sich zwar nicht beurtheilen. Jedenfalls wird noch viel Wasser den Nil hinunter fließen, ehe die Türken in Suakin landen.

Freitag.

29. Sitzung vom 20. Januar.

Der Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen dem deutschen Reich und Griechenland vom 9. Juli 1884 wird in 1. und 2. Lesung genehmigt.

Darauf wird die Etatsberatung fortgesetzt: Verwaltung der kaiserlichen Marine. (Tit. 1, Chef der Admiralität.)

Herr Abg. Richter recapitulirt die Verhandlungen der Budgetcommission, verweist auf die bekannten vom Chef der Admiralität dort abgegebenen Erklärungen und empfiehlt namens der Commission, welche sich einstimmig für die Mehrforderungen im Marineetat erklärt habe, dieselben anzunehmen. Es sei nicht möglich gewesen, die durch die Colonialpolitik entstehenden Kosten im Etat abgefordert erscheinen zu lassen; nach zuverlässiger Schätzung dürften sie aber etwa 3 Mill. Mk. betragen. Der einstimmige Beschluß der Commission sei gefaßt worden trotz verschiedener sehr erheblicher Bedenken einzelner Commissionmitglieder, welche den Mehrforderungen nur zugestimmt haben mit der ausdrücklichen Erklärung, sich für die Zukunft dadurch nicht binden zu wollen.

Abg. v. Frandenstein: Das Centrum wird zwar die Mehrforderungen in ihrer vollen Höhe bewilligen, jedoch ohne Präjudiz für die Zukunft. Wir meinen, daß die Colonialpolitik des Reichskanzlers den Rahmen

bereits überschritten hat, der für sie im Juli v. J. in Aussicht genommen war. Wir sind der Ansicht, daß durch die Colonialpolitik materielle Vortheile nur für einen kleinen Theil der deutschen Bevölkerung, für einige Großindustrien und Ackerbauern, entstehen werden. Namentlich die aderbaureisende deutsche Bevölkerung hat keinen materiellen Vortheil daraus zu hoffen. Durch eine noch weitere Vergrößerung der Marine würde das Reich, namentlich einzelne Bundesstaaten, unbedenkbar geschädigt werden. Für die heutigen Positionen stimmen wir nur, weil wir wünschen, daß die deutsche Flagge überall respectirt werde. Wir verwahren uns aber gegen jede Verantwortlichkeit für die etwaigen Folgen dieser Politik. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Stauffenberg: Was wir in diesem Etat, durch außerordentliche Verhältnisse gezwungen, bewilligen nehmen auch wir keineswegs für die Zukunft in Aussicht. Wir behalten uns ausdrücklich für die kommenden Jahre völlig freie Hand vor. Sehr wesentlich wird für uns dabei der Geldgesichtspunkt sein. Eine schrankenlose Erweiterung der Marine gleichzeitig mit der Aufrechterhaltung der Flottenstärke ist für uns nicht zu ertragen. Wenn das richtige Maß beim Heer überschritten wird, so muß darunter die Marine leiden, und wird es bei der Marine überschritten, so leidet das Heer. Ich gehe nicht so weit, zu sagen, daß die Colonialpolitik jetzt schon über den ursprünglichen Rahmen hinausgehe; das zu beurtheilen haben wir noch nicht das Material; aber auch nach dieser Richtung behalte ich für mich und meine Freunde für die Zukunft das Recht vor, die Angemessenheit der betreffenden Ausgaben stets genau im Einzelnen zu prüfen. (Beifall links.)

Abg. v. Haffner: Nach diesen Erklärungen scheint doch das Colonialfieber im Hause nicht so stark zu grassiren wie außerhalb. Wenn Sie jetzt für diese Mehrforderungen stimmen, so werden Sie es auch in Zukunft thun müssen, trotz Ihres heutigen Vorbehalts. Wir unserselbst sind consequenter; wir sagen: weil aus der Colonialpolitik für die Arbeiter, namentlich die Ackerbauer, kein Vortheil entstehen kann, stimmen wir gegen alle Ausgaben, die für diese Politik auch im Marineetat gefordert werden. Der Reichskanzler möge erst sein Wort vom Recht auf Arbeit im Innern des Landes bewahren; durch Aufforstungen, Urbarmachung von Dehländ, Canalbauten den Wohlstand des Landes heben, den Normalarbeitstag regeln u. s. w. Nur dadurch kann er einen wohlhabenden Arbeiterstand schaffen; nicht durch Colonien in Afrika.

Abg. v. Hell dorf (cont.): hat auf die Aeußerungen des Reichskanzlers über seine Colonialpolitik kein solches Gewicht gelegt. Derartige Aeußerungen pflegen nicht mit der Offenheit gethan zu werden, wie es Hr. v. Frandenstein annimmt. Wir bewilligen diese Forderung mit dem Bewußtsein, daß wir nicht zum letzten Male Summen dieser Art zu bewilligen haben werden. Der Verstand hat für das Leben der Völker, der kann es nicht überdauern, daß unsere Politik diese Richtung eingeschlagen hat; von uns aber wäre es seltsam, wenn wir dieselbe nicht mitmachen wollten. Man sagt, die Interessen der Landwirthschaft seien an der Colonialpolitik nicht theilhaftig. Aber was will dieser Einwand, wenn eine Industrie in Betracht kommt, die für 3 Milliarden Waaren exportirt, auch die englischen Bedenken wegen der Balancirung des Etats können nicht in die Waagschale fallen. Deutschlands Gesamtschuld wird fast ganz balancirt durch wohlrentirende Eisenbahnen oder productive Staatsanlagen anderer Art. Nur unser Steuerwesen ist unentwikkelt geblieben. Ich halte es nicht für notwendig, daß wir mit unserer Marine der französischen oder englischen Marine Concurrenz zu machen suchen. Sollen wir uns von allen überseischen Plänen gänzlich fern halten, so muß ich sagen, es ist dann unsere Marine schon jetzt zu theuer. Nur um uns hier zu schützen, bedürfen wir derselben nicht, dazu genügen Torpedoboote.

Abg. Richter: Der Vorredner stellt die Sache einmal so dar, als ob wir jetzt erst heraufgetreten seien in den Weltverkehr, andererseits constatirt er die große Bedeutung des deutschen Handels in demselben. Das letztere ist richtig, und diese Stellung konnte errungen werden ohne Colonialpolitik. Diese Thatsache fordert uns auf, die Bedeutung jener Politik nicht zu überschätzen. Wir, die wir Steuern zahlen, haben ein besseres Urtheil über solche Fragen, als die Deutschen im Ausland, die uns jetzt ihre Meinung und zwar oft in recht aufdringlicher Weise aufzwingen wollen. Hr. v. Hell dorf hat gemeint, unsere Finanzen seien besser als die der anderen Staaten. Möge uns der Himmel bewahren, daß Deutschland jemals eine ähnliche Schuldenlast aufgebürdet würde. Hr. Haffner hat sich veranlaßt gesehen, seine Rede mit Angriffen auf andere Parteien zu schmücken. Er hätte klüger gethan, sich vor denselben zu hüten mit Rücksicht auf seine Parteigenossen, die in dem Glashaus der Dampfersubventions-Vorlage sitzen. Von dem Fieber, von dem er sprach, muß doch auch die socialdemokratische Partei ergriffen sein. Sie hätte uns sonst wohl das ergögliche Schauspiel erpart, daß in jener Commission sich der Vertreter des 1. Hamburgischen Kreises in einen heftigen Gegensatz zu dem Vertreter des 2. Kreises gesetzt hätte. Es ist früher davor gewarnt worden, nicht mit einer Schätzungseinstimmung an die Colonialpolitik heranzutreten. Wenn die deutsche Ehre im Ausland engagirt sei, müßten wir auch mit Gut und Blut für dieselbe eintreten. Weil das nun bereits geschehen ist, deshalb stehen wir den Forderungen des Marine-Etats anders gegenüber als im vorigen Jahr. Die vollzogene Thatsache legt uns hier eine Verpflichtung auf. Daß, wenn die deutsche Flotte einmal mit Kraft entfalt ist, sich die Streitigkeiten voraussichtlich mit größerer Ruhe belegen lassen werden, das wissen wir auch, wir würden ja sonst vor jede neue Erweiterung ein Kriegsschiff zu legen haben, und die Kosten für diese dürften bald den Handelsgewinn übertreffen. Hr. v. Hell dorf hat mit seiner Declaration dem Reichskanzler seinen guten Dienst erwiesen. Er meinte, dieselbe habe sich nicht mit Offenheit ausgelassen, da dieselbe nicht angemessen wäre, wenn es sich um auswärtige Fragen handle. Wenn hier die Sprache nur dazu dienen soll, das Gegentheil von dem auszusprechen, was man meint, so verlieren die parlamentarischen Verhandlungen ihren ganzen Werth. Gerade auf jene Erklärung des Reichskanzlers haben wir Gewicht gelegt. In dem aber, was wir bis jetzt erlebt, finde ich die Aufforderung, uns von solchen Anschuldigungen fern zu halten, wo nicht schon deutsche Anführer vorhanden sind. Es folgt das auch aus der angekündigten Colonialpolitik. Die Kräfte der Anführer müssen allein für sich schon ausreichend sein, solesem Anlauf zu steuern, sonst müssen wir entweder Garantien oder Kriegsschiffe dauernd dort unterhalten. Unsere Marine ist in der Hauptsache für den Küstenschutz berufen. Was die Grenzen ihrer Entwicklung betrifft, so hat der Reichskanzler bemerkt, daß dieselbe nicht die Stärke der englischen oder französischen Flotte, sondern vielleicht der holländischen oder russischen Flotte erreichen solle. Aber dieses Ziel wird erreicht sein, wenn der Flottenbauplan durchgeführt ist. (Beifall links.)

Abg. Böttcher (nat.-lib.): Der Befürchtung, daß unsere Marine stark vermindert werden könne, stehen die Erklärungen des Herrn v. Caprivi in der Commission

und die Aeußerungen des Reichskanzlers entgegen. Nicht in einer Schlichtungsstimmung treten wir an die colonialpolitischen Aufgaben heran, wir werden vielmehr jeden Schritt sachlich prüfen, wie wir auch erst nach jahrelangen Erwägungen in diese Bewegung hineintreten sind. Aber im Großen und Ganzen halten wir den Schritt, der auf dem Gebiet der Colonialpolitik gemacht wurde, für richtig, und wir rechnen es dem Reichskanzler als ein großes Verdienst an, daß er noch am Ende seiner Amtszeit diese Aufgabe seiner Kraft gewidmet hat. (Beifall bei den National Liberalen.)

Abg. v. Hellborn: Eine Declaration der Erklärung des Reichskanzlers habe ich selbstverständlich nicht geben wollen. Nichts desto trotz war es für mich, daß die Herren Richter und Hofenleber betont haben, daß sie der Colonialpolitik nicht zustimmen. Ich hoffe, die Nation wird ihnen die Antwort darauf geben! (Beifall rechts.)

Graf v. Stolberg-Wernigerode: Auch ich muß zugeben, daß die Interessen der Landwirtschaft an der Colonialfrage vielleicht die geringsten sind. Man wirft uns vor, daß wir immer auf dem Standpunkte der Sonderinteressen, auf dem agrarischen stehen. Wir haben indes unsere eigenen Vortheile stets nur in dem Vortheile der Gesamtheit gesucht, und darum treten wir auch vom agrarischen Standpunkt für die Colonialpolitik ein.

Abg. Richter: Die uninteressirte Vorliebe der Agrarier für die Colonialpolitik äußert sich gerade in einem Augenblicke, wo die Erhebung der Getreidezölle in Aussicht steht (Obol. rechts). Die höheren Getreidezölle werden die Landwirtschaft mehr schädigen, als alle Colonien uns nützen können. Ich wundere mich übrigens sehr, daß uns in dieser Debatte Hr. Hartwig nicht weitere Erfahrungen wie diejenigen über das Buntpapier heute vorgetragen hat. Hr. Woermann und selbst der Reichskanzler haben sich darauf bezogen. Nach den inzwischen erfolgten Aufklärungen muß man solchen Mittheilungen gegenüber recht vorsichtig sein und darf auch nicht mehr jede Aeußerung des Herrn Woermann als sachverständig ansehen, denn sonst würde Hr. Woermann auf das Buntpapier nicht so „reingefallen“ sein (Heiterkeit). Herr v. Hellborn hat wörtlich gesagt, er lege auf die Erklärungen des Reichskanzlers auch deswegen nicht das Gewicht, weil sie nicht mit der vollständigen Offenheit abgegeben seien u. s. w. Ich bezweifle gar nicht, daß der Reichskanzler sich über seine Colonialpolitik vertraulich verständigt hat; aber, wenn auch nicht, so bleiben doch alle solche Auslegungen für uns von größtem Interesse.

Abg. Windthorst: Da der Rahmen der Colonialpolitik, in dem wir uns bewegen wollen, weder hier noch in der Budgetcommission näher dargelegt worden ist, so befinden wir uns einem vollkommen dunkeln Unternehmungen gegenüber, und gegen ein generelles Engagement in dieser Sache war auch nur die Erklärung des Abg. v. Franckenstein Namens unserer Partei gerichtet. Wenn auch die Agrarier für diese Colonialpolitik eintreten, aus der die Landwirtschaft einen Nutzen nicht zieht, so ist doch andererseits in der Commission für die Dampfer-Subvention schon eine Majorität hervorgetreten; dort heißt es: Woermann contra Meier. Es ist richtig, daß der Rahmen der Colonialpolitik bereits überschritten sei. Denn wir haben in Kamerun schon einen Gouverneur zu ernennen und für denselben die nöthigen Schiffe; wir werden ein Kriegsschiff stets bereit halten müssen zum Schutz der Colonien und der Kaufleute, die dort sind, und dazu kommt noch eine größere Reihe Consulate. Auch wird in der Dampfer-Subventionscommission die Frage betreffs der afrikanischen Linie wesentlich in Bezug auf unsere colonialen Unternehmungen in Afrika erwogen. Wenn die Leute, die bemüht sind, im Lande die Frage aufzuheben zu allerlei Zwecken, besonders zu Wohlwollen, es bewirken sollten, daß das Volk uns über unsere Gründe befragt, so wird die Antwort einfach lauten: so und so viel Millionen sollen mehr gezahlt werden, und die können wir ansehts der schon bestehenden Lasten nicht ausbringen. Wir hätten die Sache lieber in Ruhe gelassen, so wie die Erklärung des Abg. v. Franckenstein es ermöglichte. Nachdem aber die Herren (rechts) anders vorgegangen, muß man eine deutliche Sprache reden. Eine verständliche und maßvolle Colonialpolitik werden wir unterstützen, nicht aber ein unbestimmtes Etwas, selbst wenn der Reichskanzler die Sache in der Hand hat. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Hellborn: Der Vorschlag des Abg. Richter, als hätte ich von den Erklärungen des Reichskanzlers gesagt, sie seien nicht mit der nöthigen Offenheit abgegeben worden, muß ich entgegenstellen, daß ich nur ausgesprochen, bei derartigen Erklärungen könne man doch nicht mit voller Offenheit vorgehen, da es sich doch um auswärtige Angelegenheiten handle.

Die Abg. Woermann u. Meier (Bremen), bestreiten daß sie sich in Conflict in Betreff der Dampfer-Subvention befinden, und Abg. Woermann fügt hinzu, daß heute in der Subcommission die Bedingungen für die Dampfer-Subvention festgestellt seien, ohne daß sich dabei Differenzen herausgestellt oder Zeichen von Majorität gezeigt haben.

Bei Kap. 60 Tit. 2 erklärt der Abg. Ad. Richter, daß die Gewährung des Wohnungsgeldzuschusses nach V. des Tarifs nach der Meinung einiger Mitglieder der Commission die Consequenzen haben müßte, daß derselbe auch den 25 Verfallschreibern gewährt werden müßte. Auch die Reichsregierung ist in eine Erwägung darüber eingetreten, sie hat sich vorgehalten, geeigneten Falls im nächsten Etat darauf zurückzukommen.

Abg. Meier (Soc.) bringt eine Reihe von Maßregelungen zur Sprache, welchen einige Arbeiter der Schiffswerften wegen angeblicher socialdemokratischer Wahlagitacion verfallen seien. Die betreffenden, zum Theil lange Jahre thätigen Arbeiter seien auf Veranlassung des Ober-Verwaltungs-Raths von Wilhelmshaven sofort entlassen, respective aus ihren Dienstwohnungen vertrieben worden und hätten auch anderswo in Wilhelmshaven keine Arbeit gefunden. Es sei doch eigenthümlich, wenn der Reichskanzler den Socialdemokraten das dritte Duzend wünsche, während die Unterbeamten des Chefs Maßregeln in Scene setzen, die die Arbeiter dem Hungertode preisgeben.

Chef der Admiralität v. Caprivi: Das Verfahren des Oberverwaltungs-Raths hat meine volle Billigung gefunden. In der Arbeitsordnung für die Werftarbeiter steht ausdrücklich: Wenn ein Arbeiter einem Verein angehört oder beitreibt, welcher socialdemokratische, nihilistische u. s. w. Tendenzen verfocht, kann er ohne Kündigung sofort entlassen werden. (Bravo! rechts.) Die vier Arbeiter wurden von Gendarmen antilich als solche gemeldet, welche nicht etwa socialdemokratisch gewählt, sondern socialdemokratische Wahlzettel vertheilt hatten; Einer von ihnen hat sogar versucht, einem Unteroffizier socialdemokratische Pamphlete beizubringen. Der Ober-Verwaltungs-Rath wäre berechtigt gewesen, die Leute sofort ohne Kündigung zu entlassen, in seiner Humanität aber ist er nicht dazu geschritten, sondern hat Kündigung eintreten lassen.

Abg. Meier: Der betreffende Gendarm hat vor dem Gemeindevorstand protocollich ausgelagt, er wisse gar nicht, ob die von den Arbeitern ausgegebenen Wahlzettel socialdemokratische waren. Die Abschriften dieser Protocolle hat aber der Oberverwaltungs-Rath einbehalten, um so die Arbeiter zu verheimlichen, sich schriftlich von dem unbegründeten Verdacht zu reinigen.

Chef der Admiralität: Ich muß dieses bis auf weiteres bestreiten. Mißtrauen mag eine demokratische Tugend sein, innerhalb einer Verwaltung und der Truppe würde es Gift sein. Ich werde zu meinen Beamten so lange Vertrauen haben, bis mir das Gegentheil auf Grund antilicher Nachweise dargelegt wird. (Beifall.)

Abg. Bebel: Durch die Maßnahmen der Verwaltungen werden die Arbeiter so recht daran erinnert, daß sie sich in einer Art unwürdigen Sklaverei befinden. Wir verlangen sich jene Maßregeln mit dem den Arbeitern gesetzlich garantirten politischen Wahlrecht? Gerade in diesen Dingen zeigt es sich am klarsten, wie es eigentlich mit der angeblichen Arbeiterfreundlichkeit der Regierung bestellt ist! Die Maßregeln sind ein Hohn auf das allgemeine Bürgerrecht der Arbeiter.

Chef der Admiralität: Die betreffenden Arbeiter sind nicht ohne, sondern nach erfolgter Kündigung entlassen, u. s. w. mit Mitleid behandelt worden. Auch der Abg. g. hat seine Pflichten und Rechte; und so lange ich an dieser Stelle stehe, habe ich an meiner Pflicht fest, Leute, welche in den Werften socialdemokratische Agitation treiben, zu entfernen. (Beifall.) Auf den Werften kommen die Arbeiter mehr wie irgend wo anders mit

den Soldaten in Berührung; die socialdemokratischen Tendenzen würden für die Truppe ein Gift sein, wenn sie eindringen, und ich habe die Pflicht, sie davor zu bewahren. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel: Ob unsere Tendenzen nach der Meinung des Chefs der Admiralität Gift sind oder nicht, das bleibt sich gleich. (Lachen rechts.) Dies Gift werden Sie von der Truppe doch nicht fernhalten können! Beim nächsten Nachdenken müssen Sie sich doch fragen, daß, wenn wir bei den letzten Wahlen 600,000 Stimmen erhalten haben, hinter diesen noch einige andere Hunderttausende stehen, die noch nicht wahlberechtigt sind und im militärischlichen Alter stehen. Am wenigsten aber werden Sie jenes Gift von der Truppe fernhalten, wenn Sie in der Weise für die Unzufriedenheit Ihrer Arbeiter sorgen, wie das bei der Vertheilung geschehen ist, und wie es auch vielfach in anderen staatlichen Verwaltungszweigen vorkommt. Seit es bekannt geworden ist, daß unsere Partei ein Arbeitergesetzgeß vorberet, erhalten wir seit Wochen aus Werbetrieben, die unter der Staatsverwaltung stehen, aus den Eisenbahnerkreisen der Staatsbahnen zahlreiche Klagen und Beschwerden über die Behandlung, welche die Arbeiter dort erfahren.

Zu Kap. 60 Tit. 13, 14, 15 (Schiffsbanten) theilt der Referent Abg. Richter mit, daß der geprüfte Kreuzer an Stelle der Elisabeth auf einer Privatwerft, das Kanonenboot in Danzig, der Aviso in Wilhelmshaven auf den Kaiserl. Werften gebaut werden sollen. Der Bau dieser Schiffe solle möglichst beschleunigt werden.

Das Kapitel und der Rest des Etats werden ohne Debatte genehmigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Deutschland.

* Berlin, 20. Januar. In der heutigen Sitzung der Petitionscommission des Reichstags wurde zunächst die Beschwerde des Malers Philipps in London berathen, der durch den Präsidenten der Reichsbank geschädigt zu sein behauptet. Er behauptet, der Präsident der Reichsbank habe, als er noch Director der Preussischen Bank war, ihn um 25 000 Thlr. geschädigt, indem er ihn unter falschen Vorwänden zur Deponirung dieser Summe veranlaßt und sie ihm nicht zurückgegeben habe. Nach Auskunft der Regierungskommission ist das Sachverhältnis folgendes: Das Belgard-Dirschauer Eisenbahncomité hat sich in den letzten Jahren zur Concession einer Eisenbahn zwischen Belgard und Dirschau an das preussische Handelsministerium gewendet; dieses wünschte, daß die Preussische Bank sich mit der Emission der Actien befasse und diese hat das übernommen gegen Provision, auf die Betent für dies Comité 25 000 Thlr. gezahlt hat. Nach dem mit dem Comité geschlossenen Vertrage seien diese 25 000 Thlr. als Conventionalstrafe verfallen. Die vom Betenten hiergegen erhobenen Prozesse seien von den englischen und deutschen Gerichten zu seinen Ungunsten entschieden worden. Die Commission beschloß, die Petition als nicht geeignet zur Erörterung im Plenum zu bezeichnen, weil die gegen den Präsidenten v. Dodeg erhobenen Verschuldungen sich als unbegründet erwiesen haben. — Die Petition der Musikvereine gegen Zulassung der Militärmusiker zum Gewerbebetrieb soll unter Zugiehung eines Regierungskommissars berathen werden.

* Berlin, 20. Januar. Staatssecretär Stephan hat heute vor einer Subcommission der Budget-Commission eine Reihe von Bauten im Postetat mit einem Kostenanschlag von nahezu 800 000 Mk. als eventuell entbehrlich bezeichnet. Ueber die wichtige Streiffrage, den Bau eines neuen Postdirectionsgebäudes in Cöslin, ist noch kein Beschluß gefaßt. Hossentlich wird dieses Entgegenkommen gegen die Wünsche des Reichstags dem Staatssecretär Dr. Stephan nicht so vererbt werden, wie das i. J. Admiral v. Stosch passirt ist, als er sich die Streichung der Ausgaben für ein Panzererschiff gefallen ließ. Herr v. Stosch war stattdessen heute im Abgeordnetenhaus, auf Grund der Beschlüsse der Budget-Commission des Reichstags habe sich die Summe, um welche die Matricularbeiträge Preussens erhöht werden müssen, bereits von 24 auf 16 Mill. Mark ermäßigt.

L. Berlin, 20. Januar. Für die Erziehung eines Reichstagsabgeordneten an Stelle des jüngst gestorbenen Herrn v. Malsb. Marxhagen im 4. mecklenburgischen Wahlkreis ist von liberaler Seite abermals Herrn Gutspäcker Wilbrandt-Büde (Bruder des Dichters Adolf Wilbrandt) aufgestellt, der als vorzüglicher Landwirth bekannt ist. Die Conservativen haben Herrn Vothschatsch D. v. Hirschfeld nominirt, derselbe hat sich natürlich für die Kornzölle engagirt, für den „Schutz“ des Kleinwerbes und für eine Börsensteuer. Die mecklenburger Verfassungsfrage erklärte er für eine „innere Angelegenheit“. Ein Versuch der Einwirkung auf dieselbe durch die Reichsgesetzgebung sei unberechtigt und in Folge dessen abzuweisen. Damit erklärte sich Hr. v. Hirschfeld für die Conservirung der gegenwärtigen anticonstitutionellen, mittelalterlichen feudalen Zustände Mecklenburgs!

* Von den Mitgliedern des Centrums, welche der Budgetcommission angehören, ist der Antrag für die Plenarberatung im Reichstage wieder eingebracht, entgegen dem Beschlusse der Commission, die „Beihilfe zur Förderung der auf Erschließung Centralafrikas und anderer Ländergebiete gerichteten wissenschaftlichen Vorforschungen“ statt 150 000 Mark nur 100 000 Mark zu bewilligen.

* Der Statthalter Hr. v. Wanteuffel kehrt morgen (Mittwoch) früh von vier nach Strassburg zurück.

* Zum Frankfurter Morbattenate. An Stelle des ermordeten Polizeiraths Rumpff ist commissarisch der Berliner Criminalcommissar v. Hafe getreten. Im Auftrage des Ministers des Innern haben sich außerdem eine Anzahl von Berliner Criminalbeamten nach Frankfurt begeben. Hr. v. Hafe gehörte erst ca. acht Jahre dem Berliner Polizeipräsidium an. Er war vorher activer Offizier, arbeitete dann als interimistischer Polizei-Beauftragter und trat später zur politischen Abtheilung über, auch unterstand ihm die Preßpolizei resp. die Vernehmungen in Zeitungs- und Preß-Angelegenheiten.

Die „Fr. Ztg.“ schreibt vom 19. Januar: „Es wird behauptet, daß wegen des an Polizeirath Dr. Rumpff verübten Mordes im Ganzen bereits über 100 Personen verhaftet sein sollen. Wie viel Verhaftete auch schon wieder freigelassen worden, wird nicht angegeben. Durch die Gendarmen von Bergen und Freungesheim wurden am Sonntag drei gut gekleidete Herren verhaftet und in das Gefängnis nach Bergen abgeführt. Uebrigens laufen die sonderbarsten Gerüchte so durch und gegen einander, daß Niemand im Stande ist, nicht das Wahre vom Falschen, sondern nur das Wahrscheinliche vom Unwahrscheinlichen zu unterscheiden. Das Bemerkenswerthe ist wohl, daß man hier in den verschiedensten Kreisen der Meinung sich zuneigt, daß der Mord nicht durchaus von einem Anarchisten ausgeführt sein müsse, sondern von einem Menschen ausgeführt sein könne, der mit den Anarchisten nicht das Geringste zu thun hat. Es wird darauf hingewiesen, daß in neuerer Zeit die Frankfurter Polizei und in Besondere der ermordete Polizeirath Rumpff gegen die Prostituirten und deren Zuhälter mit äußerster Strenge vorgegangen sei.“

Aus Berlin wird dem Reuter'schen Bureau gemeldet, daß Berichten aus Petersburg zufolge die Ermordung des Polizeiraths v. Rumpff aus Frankfurt seit langer Zeit vorbereitet war und daß während der letzten Monate alle seine Bewegungen von dem Hauptquartier der Anarchisten überwacht wurden. Jede Einzelheit seiner Handlungen war sorgsam beobachtet worden, um dem Endzweck der Ermordung zu dienen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Mörder entkommen ist.

* Der Director der Emden Geringsfischerei-Actien-Gesellschaft, Herr Lindemann, beantragt beim Reichstag, daß der Eingangszoll auf Heringe auf 7 Mk. pr. 100 Kilo und der Eingangszoll auf gefalzene Fische auf 20 Mk. pr. 100 Kilo erhöht wird.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 20. Jan. Das kaiserliche Handschreiben, durch welches Graf Hohenwart an Stelle des verstorbenen Fürsten Adolph Auersperg zum Präsidenten des obersten Rechnungshofes ernannt wird, ist in der heutigen „Wiener Ztg.“ veröffentlicht.

Danzig, 21. Januar.

Better-Ansichten für Donnerstag, 22. Januar. Privat-Prognose d. „Danziger Zeitung“. Nachdruck verboten laut Gesetz v. 11. Juni 1870.

Bei Nachtrost und schwachem Winde trockenes, theils heiteres, theils nebligtes Wetter.

* Mandatsniederlegung.] Der Stadtverordnete Herr Rentier Radewald, welcher der Stadtverordneten-Versammlung seit fast 20 Jahren angehört, ist wegen schwerer Erkrankung aus der Stadtverordneten-Versammlung ausgeschieden. Gleichzeitig hat Hr. Radewald sein Amt als Director des hiesigen Vorshuß-Vereins, welches er seit fast 10 Jahren bekleidete, aus demselben Grunde niedergelegt.

* [Von der Reichsf.] Nach den heute eingegangenen Nachrichten hatte sich auf der unteren Strecke, hauptsächlich an der Mündung bei Neufahr, das Eis ziemlich stark verpackt. Dasselbe ist jedoch durch die fischalischen Eisbrechdampfer im Laufe des gestrigen Tages bis oberhalb des Etasbleiments des Herrn Stamm bei Biehlins weggebrochen worden. Wasserstand bei Biehl 1.42, Dirschau 1.90, Rothbude 2.40, Biehlendorf 3.26 Mr.

* [Personalien bei der Marine.] Die Vientenants zur See Feder L. Hoppden und Thiele bis zu Capitän-Vientenants, die Unter-Vientenants Bachmann, Josephi und v. Witzleben zu Vientenants zur See befördert worden.

* [Verlegung.] Der Hauptstenerant = Assistent Dameran ist von Thorn nach Neufahrbrasser verlegt. * [Parlamentarische.] In die Abgeordnetenhaus-Commission zur Prüfung der Vorlagen wegen der neuen Eisenbahn-Verkaufslösungen ist auch diesmal der Abg. Steffens (Danzig), welcher früher dieser Commission ebenfalls angehört, gemählt worden.

* [Stadttheater.] Am Samstagabend geht als Klassiker-Vorstellung zu haben Preisen Göthes „Faust“ in Scene; die Titelfolle spielt Herr Gehring, den Mephisto Herr Edgar. Das Gerede spielt eine Danzigerin, Fräulein Clotilde Hoff, als ersten theatralischen Versuch. * [Merde-Lotterie.] Vom Minister des Innern ist dem Comité für den Pferdemarkt zu Königsberg auch diesmal die Erlaubnis erteilt worden, bei Gelegenheit des nächsten dortigen Pferdemarktes eine öffentliche Verlosung von Equipagen, Pferden u. s. v. veranstalten und die betreffenden Lose im ganzen Bereiche der Monarchie abzugeben.

* [Diakonissen-Krankenhaus.] Im hiesigen Diakonissen-Krankenhaus sind im Jahre 1884 595 Kranke an 20 340 Verpflegungstagen gepflegt worden. Von diesen Verpflegungstagen waren 5619 unentgeltlich, für 2310 wurde ein ermäßigter Preis bezahlt. In 118 Familien wurde von Schwestern an 2563 Tagen Privatpflege geleistet. 53 Kinder waren in der Kinderstation. Die Thätigkeit der Schwestern des hiesigen Diakonissen-Mutterhauses auf den 30 auswärtigen Stationen, die das Haus in und außerhalb unserer Provinz hat, kann aus folgenden Angaben ungefähr ersehen werden: in 6 Krankenhäusern wurden im Jahre 1884 im Ganzen 1806 Kranke gepflegt, in 2 Siechenhäusern 57 Sieche, in 1 Waisenhause 60 Waisen. In 17 auswärtigen Orten sind Kinderkassen, in welchen täglich durchschnittlich 652 Kinder beschäftigt wurden; 9 Strick- und Nähschulen standen unter Leitung von Schwestern, in welchen meistens wöchentlich 2 mal Mädchen unterwiesen wurden. Die Zahl der Schülerinnen bewegt sich zwischen 11 und 48. In 15 Orten hatten Schwestern Sonntagsschulen oder betheiligten sich an solchen. Von den auswärtigen Schwestern sind im vorigen Jahre durchschnittlich im Monat 5044 Krankenbesuche gemacht.

* [Vermiss.] Es ist noch immer keine Nachricht über den Verbleib des vermissten Hauptzollamts-Assistenten Kroll eingegangen. Die Vermuthung gewinnt immer mehr an Wahrscheinlichkeit, daß Herr K. seinen Tod im Wasser gefunden hat, da antiliche und private Nachforschungen in der Stadt und in der Umgegend bisher zu keinem anderen Resultat geführt haben.

* [Wetterverderel.] Dem Seefahrer Barkbusch wurde Abends auf der Petershagener Promenade von einem ihm entgegen kommenden Menschen ohne äußere Veranlassung ein so erheblicher Messerschlag in den Kopf versetzt, daß seine Behandlung im Stadtlazareth erforderlich wurde.

* [Guts-Verkauf.] Das Rittergut Rakke bei Sobowitz ist für 360 000 Mk. in den Besitz des Herrn Rittergutsbesizers Eugen Steffens-Mittel-Golman übergegangen. [Polizeibericht vom 21. Januar.] Verhaftet: drei Arbeiter, 1 Maurer, 1 Fleischer, 2 Frauen wegen Diebstahls, 7 Bettler, 8 Obdachlose, 6 Dirnen. Im Laufe der verfloßenen Woche sind von den hiesigen Polizeigerechtsbeamten u. A. zur Haft gebracht worden: 60 Personen wegen Bettelns und 20 Dirnen wegen Unbetheilens. — Gestohlen: 1 Paar graumollene Unterbekleider, eine eben solche Unterjacke, 1 weißmollener Schal, 2 blaumollene Jacken, 1 Paar englischleberne Arbeitshosen, 1 Paar alte und 1 Paar blaumollene Unterhosen, 1 Bund Schlüssel, 1 Kniehülse, 2 Sterbekassenscheine auf den Namen „Wille“, 1 Balkenhaut, 1 blau kammernes Wackelkleid, 1 graumollenes Wackelkleid, roth garnirt, 1 neuer Fellewandl, gez. „Bahr“, 1 Dowlas-Wettlaken, gez. O. N., 1 grane Knabenhose, 1 schwarze und weiß carierter Anzug, 1 dunkles Jaguet, 1 brauner Kieckmantel, 1 brauner Ueberzieher, auf dem Gebänge „Angel-Hohenstein“.

* [Neufahrwasser, 20. Jan. Gestern erschoss sich hier in seiner Wohnung der auch in weiteren Kreisen bekannte frühere Schiffscapitän, jetziger Expert Sch. Die Motive der verzweifelten That scheinen nicht auf äußere Veranlassungen zurückzuführen zu sein, vielmehr ist anzunehmen, daß häufige Krankheit sowie Melancholie die Ursachen sind.

* Thron, 20. Januar. Auch hier sind der Ofenklappe zwei Menschenleben zum Opfer gefallen. Die „Throner Ztg.“ berichtet darüber: In der aus Mutter und drei Töchtern bestehenden Arbeiter-Familie Rau waren gestern Mittag alle Angehörigen von plötzlich eintretendem Kopfschmerz befallen. Die kleinste Tochter wurde deshalb zu Bett gelegt. Die älteren beiden Töchter, welche in einer Cigarren-Fabrik arbeiten, befanden sich bald besser, als sie um 2 Uhr zur Arbeit gingen. Um 7 Uhr nach Hause zurückkehrend, fanden sie die Mutter am Tische sitzend und die jüngste Schwester im Ofenklappe geschloßen vor.

* Der Ober-Verwaltungs-Rath, Administrator des Remondedepots Jurgallien (Münster), ist vom 1. April 1885 ab auf seinen Antrag mit Pension in den Ruhestand versetzt worden.

(Schluß in der Beilage.)

Nichter westpreuss. Provinzial-Landtag.

Dritte Sitzung am 21. Januar.

Die Sitzung beginnt um 11 1/2 Uhr mit einigen geschäftlichen Mittheilungen des Präsidenten. Die auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehenden Ergänzungs-

wahlen werden bis zum Schluß der Sitzung verschoben. Neu eingegangen ist ein Antrag der Abg. v. Buddenbrod u. Gen. der Provinzial-Landtag wolle sich für die Errichtung einer Landeskultur-Rentenbank erklären und den Provinzial-Ausschuß beauftragen, dem Provinzial-Landtag in nächster Session eine Vorlage in dieser Richtung zu unterbreiten. Der Antrag wird eine der nächsten Sitzungen beschließen. — Ferner theilt der Vorsitzende mit, daß die Wahlprüfungs-Commission sich constituirte und dem Abg. v. Stumpff zum Vorsitzenden. den Abg. Dr. Gerlich zum Schriftführer gewählt habe.

In die Tagesordnung eintretend, erfolgt zunächst die Wahl der gestern beschlossenen Commission für die Spezialberatung der Regierungs-Vorlage über die Errichtung von Gewerbesteuern. Die Wahl erfolgt per Acclamation und fällt auf die Abg. Rossmach, Müller-Marienwerber, Albrecht, Wagner, v. Gramsch, Schnadenburg, Wegner-Dobrowsky, Müller-D. Krone und Wahnke.

Es folgt nun die Beratung und Feststellung von Spezial-Etats der verschiedenen Provinzial-Anstalten pro 1885/86, welche nach den Vorlagen wie folgt festgestellt werden:

1. Irren-Anstalt zu Schwes (413 Pflinglinge): Einnahme (incl. 147 201 Mk. Zuschuß aus der Provinzial-Hauptkasse) und Ausgabe 201 800 Mk.
2. Irren-Anstalt zu Neustadt (338 Pflinglinge): Einnahme und Ausgabe 296 500 Mk., Provinzialzuschuß 154 451 Mk. Darunter befinden sich an außerordentlichen Ausgaben zur Anlegung eines Parks 3174 Mk., zur Vervollständigung des Inventars u. s. 22 500 Mk.
3. Taubstummen-Anstalt zu Marienburg: Einnahme und Ausgabe 49 100 Mk., wovon 49 000 Mk. aus der Provinzial-Hauptkasse fließen.
4. Taubstummen-Anstalt zu Schlochau: Einnahme und Ausgabe 38 300 Mk., bei nur 100 Mk. eigener Einnahme.
5. Hebeammen-Vereinigung zu Danzig: Ausgabe 24 400 Mk., eigene Einnahme 5349 Mk., Zuschuß 19 051 Mk.
6. Besserungs- und Landarmen-Anstalt in Königs (460 Corrigenen): Ausgabe 126 000 Mk., eigene Einnahmen 28 000 Mk., Zuschuß 98 000 Mk.
7. Zwangs-erziehungsanstalt in Tempelburg (253 Kinder): Ausgabe 62 360 Mk., eigene Einnahme 928 Mk., Zuschuß aus der Staatskasse 1 237,25 Mk., Zuschuß aus der Provinzialkasse 30 184,75 Mk.
8. Etat für Kunst und Wissenschaft und Provinzial-Museum. Ausgabe 36 500 Mk., von denen 500 Mk. vom Staate als Zuschuß für die kunstgewerbliche Sammlung, 36 000 Mk. von der Provinz beigetragen werden. Von der Ausgabe entfallen auf Subventionen an Vereine und Gesellschaften 7100 Mk., auf das Provinzial-Museum 9000 Mk., auf die Aufnahme von Denkmälern 5000 Mk., das Gewerbemuseum 3500 Mk., Reisekosten 1500 Mk., Dispositionsfonds der Central-Commission 4400 Mk., zu weiteren Publicationen der Kunst- und Geschichtsdenkmäler 6000 Mk.
9. Etat der Feuer-Societät: Gesamte-Einnahmen und Ausgaben 854 600 Mk. Von den Ausgaben entfallen auf Brand-Entschädigungen 457 000 Mk., Beihilfen 15 000 Mk., Verwaltungskosten 66 100 Mk., zur Ergänzung des Reservefonds 101 333 Mk., zur Schuldentilgung 212 000 Mk. Die Haupt-Einnahmequelle sind: ordentliche Societäts-Beiträge 541 000 Mk., Ertragsbeitrag zur Ergänzung des Reservefonds 100 000 Mk., Restbestand des Reservefonds mit 149 100 Mk. und außerordentlicher Societäts-Beitrag mit 62 900 Mk. zur Deckung des pro 1883/84 verbliebenen Deficits von 212 000 Mk. (letzterer Punkt unter Vorbehalt).
10. Provinzial-Wittwen- und Waisenkasse: Mitgliederbeiträge und Zuschüsse der Provinz und der Kreis- und Orts-Communen je 11 835,37 Mk., Zinsen und sonstige Einnahmen 1829,26 Mk., zusammen 25 500 Mk. An Ausgaben: Wittwen- und Waisengeld an Unterbliebene 7000 Mk., Ueberflüsse zur Kapitalisirung 18 118,74 Mk., diverse Ausgaben 381,26 Mk., zusammen 25 500 Mk.

Bei dem Etat der Schweser Irren-Anstalt bringt Abg. Dr. Gerlich die von dem früheren Rittmeister v. Besser, der sich als Kranker in der Schweser Anstalt befand und als geheilt entlassen wurde, herausgegebene Brochüre über diese Anstalt zur Sprache. Ferner verlangt derselbe die Anstellung eines besonderen evangelischen Anstaltsgeistlichen. — Landesdirector Dr. Wehr entgegnet, daß er die Besser'sche Brochüre gelesen habe, derselben doch kein großes Gewicht beilegen könne, da Herr v. B. sich eben als Geisteskranker in der Anstalt befunden habe und damals wohl über seine Behandlung kein richtiges Urtheil haben konnte. Für die Anstellung eines besonderen Geistlichen bestche kein Bedürfnis, da sich höchstens 47 Personen in der Anstalt befänden, welche vermöge ihres Geisteszustandes, selbstförmiger Einwirkung noch zugänglich seien. Für diese reiche der evangelische Pfarrgeistliche der Stadt Schwes aus. — Abg. v. Gramsch bemerkt, daß die Besser'sche Brochüre außerhalb der Provinz viel Aufsehen gemacht und Beachtung gefunden habe. Er frage daher den Landesdirector, ob derselbe Hr. v. Besser in der Anstalt gesehen und welchen Eindruck derselbe damals auf ihn gemacht habe. Hr. Dr. Wehr entgegnet, daß er Hr. v. B. dort besucht und gesprochen habe. Derselbe habe allerdings den Eindruck eines Kranken auf ihn gemacht. Weiter sich darüber zu äußern, müsse er mit Rücksicht auf die Person des auch von ihm hochgeachteten Hr. v. Besser ablehnen. — Abg. Gerlich unterzieht nun einzelne Zustände in der Schweser Anstalt einer etwas abfälligen Kritik. — Hiergegen erhebt Landesdirector Dr. Wehr sehr entschieden Protest. In der Schweser Anstalt herrschen durchaus normale Zustände und deren Director sei einer der verdienstvollsten und thätigsten Männer seines Faches. Die Anstalt verdiene auch nicht den Schatten eines Vorwurfs und es sei bedauerlich, daß gerade der Abg. Dr. Gerlich, welcher am Orte wohne, wo sich die Anstalt befinde, solche unmotivirten Angriffe erheben habe. Laut und öffentlich müsse er dagegen protestiren. — Abg. Wagner beanuert ebenfalls den Gang, den die Diskussion genommen habe. Derselbe sei wohl geeignet, ohne jeden Grund das Publikum zu bemunghen. Redner spricht sein volles Vertrauen zu der Provinzial-Verwaltung aus, daß sie jedem etwa hervortretenden Mangel sofort abhelfen würde. — Abg. Dr. Gerlich bemerkt schließlich, daß er mit Verstand sei. Auch in der besten Anstalt könnten Irrthümer in der Behandlung der Kranken vorkommen, und nur so etwas habe er gemeint. Vor dem Director der Anstalt habe auch er die allgergigste Nachsicht. Er bemerke nur noch, daß in Schwes sich zwei katholische Geistliche, z. B. aber nur ein evangelischer befinden, bei dessen Abwesenheit die Protestanten der Anstalt auf geistlichen Zuhilfen verzichten müßten. Deshalb habe er die Sache angeregt. — Da Anträge nicht gestellt waren, wurde der Gegenstand ohne Beschluß verlassen.

Bei dem Etat der neuen Königer Besserungs-Anstalt wird auf Antrag des Landesdirectors ohne Debatte einstimmig beschlossen, den Provinzial-Ausschuß zu ermächtigen, einzelne Beamte dieser neuen Anstalt auch schon vor Beginn des Etatsjahrs 1885/86 anzustellen, wenn er dies für wünschenswert halte.

Bei dem Etat der Feuer-Societät giebt zunächst Abg. Damm einige Erläuterungen zu dem Etat, hebt hervor, daß die Zahl der muthmaßlichen Brandstiftungen etwas nachgelassen habe und daß im Verhältniß zu den größeren Risiken auch die besseren Versicherungen sich etwas gemehrt hätten. Landesdirector Dr. Wehr giebt ähnliche Erläuterungen. Hr. v. Gordon wünscht, daß scharfer auf fernere Bedrohungen gehalten werde, was Herr v. Winter der freundlichen Beachtung des Herrn Ober-Präsidenten empfiehlt, da die Provinzial-Verwaltung hierzu nicht competent sei. Abg. Schwach hält es für eine große Mitleid, wenn die armen Landleute, welche nicht die Mittel haben, zur Anlegung feuerfester Häuser gezwungen würden. Er bitte den Herrn Oberpräsidenten, auch diesen Gesichtspunkt nicht unberücksichtigt zu lassen. Abg. Wagner erkennt die Bemühungen des Herrn Landesdirectors um die Hebung der Societät an, fürchtet aber, daß dieselbe wohl nie ein kräftiges Kind werden würde. Am liebsten stimmt er dem Abg. Schwach zu. Auch die unter Strohdach wohnenden Leute seien Provinzialbewohner, für welche man sorgen müsse. Redner wünscht daher, daß nicht einseitiges scharfes Vorgehen der Polizei, sondern allmähliche gütliche Vermittelung und Anregung eintrete. Abg. v. Gordon hebt hervor, daß er nur eine Frage aufgeworfen habe, und protestirt

Die Verlobung meiner jüngsten Tochter Francisca mit dem Kaufmann Herrn Edmund von Kollow in Meine beehre ich mich hiermit ganz ergebenst anzuzeigen. (9277)
Neu Liebenau bei Schwabmühl, im Januar 1885
Julia Fankelbeisly.

Francisca Fankelbeisly
Edmund von Kollow
Verlobte.

Start besonderer Meldung.

Deute Morgens 3 1/2 Uhr entschlief nach schwerem Leiden, unter innigst geliebter Sohn und Bruder Georg in seinem 5. Lebensjahre. Er folgte seinem am 17. d. M. vorangegangenen älteren Bruder Willy.
Dieses zeigen im tiefsten Schmerze an
O. Werner
und Frau.
Straßburg, den 20. Januar 1885.

Auction
auf dem Seemarkt,
vor d. Hotel „Zum Stern“.
Donnerstag, den 22. Januar cr.,
Vormittags 10 Uhr,
werde ich am oben angegebenen Orte aus der Focking'schen Concursmasse im Wege der Zwangsversteigerung:
eine Schimmeltute
(Hochtraber),
einen braunen Wallach
und einen
Spazierwagen (Selbstfahrer)
an den Meistbietenden gegen sofortige baare Zahlung öffentlich versteigern.
Stützer,
Gerichtsvollzieher, (9091)
Danzig, Schmiedegasse Nr. 9.
Morgen Donnerstag,
Seemarkt, Vorm. 10 Uhr,
Versteigerung
einer eleganten
Rappstute
und eines fast neuen Gefährts.
Somnopathie.
Lungen-, Nierst-, Herz-,
Frauenleiden, Rheuma, Krebs, Gicht,
schleimkräftige, Zerwunden.
Richard Sydow, Dansthor 1,
Sprechstunden 9-11, 2-4 Uhr. (9256)
K. v. Oppel, u. d. engl. Reg. conc.
pract. Arzt u. Vorst. Graben 25 III.
Spec. für Geschlechts-, Haut-, Frauen-
Unterleibsleiden, Gicht, Somnopathie.
Sprechstunden 9-10, 12-2 Uhr.

Kunst-Zähne, Plomben etc.
Dr. Fr. Baumann,
in America approb. Zahnarzt,
Langenmarkt 35, 1 Tr.

Privatstunden
in allen Lebensjahren, einzeln,
wie im Zirkel, ertheilt
Mathilde Drewke,
f. d. höhere Mädchenschule gepr.
Lehrerin. Holzmarkt 5 III.

Langgasse 17, 1. Etage.
Neuer f. künstl. Zähne, Plomben etc.
Sorgfältigste Ausführung, billige
Preise. Sprechstunden von 9-12 und
2-6 Uhr Nachmittags. (9255)
Franziska Blum, Langgasse 17.
Gutsche „Toral“ leihweise in
J. Schneege's Leihbibliothek,
Breitgasse 122.

Saisonbroche.
Eine reizende Neuheit u. gleich-
zeitig Erinnerung an den Ostsee-
strand ist die hellglänzende Seestrolch,
kunstvoll und natürlich in Silber
gearbeitet. (9262)
Vorräthig bei allen Juwelieren.

Das Masken-Geschäft
von Frau
B. Schultze,
Wittwe.
Danzig, Seilige Geißgasse Nr. 69,
empfehlen zu den bevorstehenden Masken-
bällen sein reichhaltiges Lager hoch-
eleganter wie einfacher
**Herren- und Damen-
Costumes,**
sowie Kutten, Dominos u. Parven zu
den billigsten Preisen. (9228)
Bestellungen nach auswärts werden
bei Einlieferung des Masken u. zeitiger
Aufgabe auf's pünktlichste ausgeführt.

Bock-Bier,
in Flaschen und Gebinden empfiehlt
P. Kilp's Brauerei.

Heu und Stroh,
kauft die
Pferdebahn
in Langfuhr und Ohra. (9233)
Otto Unger, Uhrmacher,
Schornmadergasse 9.
Elterswasser-Apparate
neuester Construction liefert unter
Garantie billigst. (9212)
Max Henke, Halle-Giebichenstein.

Kunst-Ausstellung.

Die Ausstellung von Werken lebender Künstler im
Stadtmuseum hiersebst wird

Sonntag, den 25. Januar 1885,
Nachmittags 4 Uhr,
(9199)

geschlossen.
Der Vorstand des Kunstvereins zu Danzig.

Um das Zusammentreffen mit dem auf Sonnabend d. 25. angeforderten
Wohltätigkeits-Concert zu vermeiden, habe ich meinen

Vortrag

über das Wesen der durch **Dr. H. Riemann**
begründeten
Reform des musikalischen Vortrages
in der Aula der Victoria-Schule
(Holzgasse) auf

Sonntag, den 1. Februar cr.,
Vormittags 11 1/2 Uhr,
verlegt. Zum Vortrage gelangen außer kleineren Beispielen aus Symphonien
und Clavierstücken folgende Stücke mit kurzen Erläuterungen:
Beethoven, Largo aus op. 10 III.
Bach, Fantasia G-moll übertragen von Liszt.
Schumann, Fantasia op. 17, erster Satz.
Liszt, Variationen über ein Thema von Bach.
Den Vortrag von Beispielen auf der Violine hat Herr **S. Großheim**
gütigst übernommen.
Billets a 1 M., Schülerbillets 50 Pf. sind bei Herrn **C. Ziemsen,**
Musikalienhandlung, Langenmarkt 1, zu haben. (9257)

Dr. C. Fuchs.

Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus.

Sonnabend, den 24. Januar 1885:

Zweiter und letzter

Maskenball.

Maskenbillets a 1 M. 50 Pf., Zuschauerbillets a 2 M. sind bei
Herrn **S. a. Porta,** Langenmarkt, zu haben.
Abendkasse 2 M. und 3 M. (8234)

P. P.

Hierdurch erlaube ich mir anzuzeigen, daß ich dem Herrn

J. C. Albrecht, Neugarten Nr. 35,
eine Niederlage meiner Weine
übergeben habe, welche derselbe zu denselben Preisen wie ich verkaufen wird.

A. Ulrich, Brodbäufeng. 18.

Auf obige Anzeige Bezug nehmend, empfehle ich die Weine aus der
Weinhandlung des Herrn **A. Ulrich** zu Originalpreisen. (9204)

J. C. Albrecht, Neugarten 35.

Weihenstephan

Königl. Baier. Staatsbrauerei

empfehlen und empfehlen in ganz vorzüglicher Qualität (9244)

E. Lüben.

Original-Ausschnitt bei F. König
(Altes Wiener Café)
Gr. Wollwebergasse 1

Ein Posten

**Spitzen, Rüschen, Trimmings,
Corsets und Tournüren**
ist zum **Ausverkauf** gestellt.

C. O. Matern,

Nr. 3, Portschaffengasse Nr. 3. (9221)

Hermann Hopf,

Gummi-Special-Geschäft,

Breitgasse Nr. 17, sowie Marktschlegelgasse Nr. 2.
Pneumatische Reichter an jeder glatten Fläche, wie Mitten
auf dem Spiegel zu befestigen, als
Toilettenleuchter daher sehr zu empfehlen!
Gummi-Luft- und Wasserstrahl, Wärmekissen für den Leib!!
Gummi-Lichtdecken, Tischläufer, Wandhänger!
Gummi- und Wollolien-Waschtisch-Garnituren!!
Gummi-Frisir-, Tonir-, Licht- und Staubkämme!!!
Gummi-Tourniquet, Hosenträger nach Prof. Eschmarch. Neu!!
Gummi-Regenröcke für Herren und Damen!!
Gummi-Wäsche, Wring-Maschinen!! (9231)

Tricotagen in großer Auswahl; Röcke und

Beinkleider von Flanel und Parchent

Flanelle, Parchente u. Piqués empfehlen

Dauter & Zimmer,

Danzig, Brodbäufengasse 51, Ecke des Pfarrhofes. (9246)

Grundstücks-Verkauf.

Donnerstag, den 5. Februar cr., Nachmittags von 3 bis 5 Uhr,
werde ich im Auftrage der Erben des verstorbenen Rentiers Herrn
A. G. Erban wegen Erbauseinanderlegung die Grundstücke

**Baulgraben Nr. 10 u. Jacobs-
Neugasse Nr. 6 A.**

im Wege der Pöcitation Baulgraben Nr. 10, 1 Treppe, öffentlich verkaufen.
Die Grundstücke, bestehend aus 2 Wohnhäusern und Hofräume sind
3 Nr. 98 Quadrat-Meter gleich ca. 9115 Fuß groß; die Front am Baul-
graben beträgt 64 Fuß, die in der Jacobs-Neugasse 81 Fuß, die Grundstücke
eignen sich auch ihrer vorzüglichen Lage wegen, da große Einfahrten vor-
handen, zu jeder Fabrikanlage. Die Versteigerung der Grundstücke ist täglich
des Vormittags gestattet und die Verkaufs-Bedingungen bei mir einzusehen,
werden auch im Termin bekannt gemacht. Versteigerungs-Cautions 1000 M.

Joh. Jac. Wagner Sohn,

vereid. Gerichts-Experte und Auctionator,

Bureau: Breitgasse Nr. 4. (9160)

Ulmer-Münster-Lotterie,
Hauptgewinn bearg 75000 M., Loose
a M. 3.50 ein. (9248)
Th. Berding, Gerbergasse 2.
Kleider jeder Art werden sauber und
billig angefertigt, alte Kleider wer-
den modernisiert bei **H. Rübner,**
Rüppig. 22 b, 2 Tr.

Wilhelmi's Nachschlagebuch
20 Liefer. (80 Bog. gr. Octav) a 30 Pf.
Billigste, gründlichere Belehrung
bietet das Convers.-Lexikon; zu beziehen
durch alle Buchhandlungen. (6135)

Ausbüßfarbe

ist das beste Mittel um abgetragene
und verblühte dunkle und schwarze
Kleider und Stoffe jeder Art, ohne
sie zu zerren, aufzufärben, daß sie
wie neu erscheinen.
In Flaschen a 25 u. 50 Pf., sowie
loose vorrätig bei

Gebr. Paetzold,
Hundegasse Nr. 35, Ecke Melzergasse.

**Frische Teichkarpfen,
Aale**
und andere frische Fische
empfehlen
P. Lindenau,
Fischmarkt Nr. 27.
Vormittags 25 Pf. M. 3
Vormittags 30 Pf. M. 3
Vormittags 33 Pf. M. 3
empfehlen

A. Küster,
Wollwebergasse 13.

Feinen rumän. Mais
zu Futter- und Brennerei-Zwecken
offert billigst. Ferner habe eine
Partie schlecht gew. Mais (besonders
als Futter für Schweine geeignet)
sehr billig abzugeben. (9188)

Berman Zimels,
Vorstadt, Graben 37.
Ein feines Gut mit 80 Morg. Land
u. Inventar bei Danzig verkauft.
Hundegasse Nr. 44. (8948)

Ein Grundstück,
an der langen Brücke, sehr günstig
gelegen, mit geräumigem Garten, ist
umstände halber sofort zu verkaufen.
Adressen unter Nr. 9230 in der
Expedition dieser Zeitung erbeten.

Geübte Putzarbeiterinnen
finden dauernde Beschäftigung.
Maria Wetzel,
Langgasse 4, 1. Et.

Ich suche noch eine junge
Dame mit guter Figur, die
gewandte Verkäuferin
ist. (9241)

W. Jantzen.

Milchkannengasse 30
ist ein Laden und Wohn-
gelegenheit a. 1. April z. verm.
Näheres Brodengasse 34. (9229)

Ein Kaufmann,
in mittleren Jahren, sucht eine Stelle
mit bescheidenen Ansprüchen, im Kassens-
und Rechnungswesen. Offerten unter
Nr. 9237 i. d. Exp. d. Btg. erb.

1 Eiskeller
wird gesucht. Meldungen bei **Albert**
Hante, Hundegasse 117. (9238)

„Krone-Speicher“
find einige Böden zu ver-
mieten. (9254)

Danziger Oehlmühle,
Peschow & Co.

Die zweite Etage
Holzmarkt Nr. 23
ist vermietet.

Chierschuhverein.
General-Versammlung
Mittwoch, den 21. Jan. 1885,
Abends 8 Uhr,
im großen Saale d. Bildungs-
vereins-Hauses, Hintergasse 16.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Thätigkeit
und Wirksamkeit des Vereins
im verflossenen Jahre.
2. Rechnungslegung.
3. Ergänzungswahl des Vor-
standes.
4. Abänderung der §§ 5, 6 und
7 der Statuten.
Die Mitglieder unseres Ver-
eins werden zu zahlreichem Er-
scheinen eingeladen. (9029)

Der Vorstand.

Danziger Beamten-Verein.
Generalversammlung
am Donnerstag, d. 29. Januar cr.,
Abends 8 Uhr, im Rathhof.

Tages-Ordnung:
Vortrag des Vorsitzenden über:
Erinnerungen an den Feldzug
1870/71 und Bepredung verschiede-
ner Vereins-Angelegenheiten. Gäste
können eingeführt werden.

Der Vorsitzende
Fink, Regierungs-Rath.

Philharmonische Gesellschaft.
Das zweite Concert findet
Freitag, 30. Januar,
7 Uhr, (9250)
im Apollo-Saal statt.
Der Vorstand.

Dml-Clb.

Mittwoch, d. 21. Janewor,
Abends Klock 8 in'n
„Wiener Café“, Langen-
markt, 2 Treppen. (9200)

Vorlesung.

Kaufmännischer Verein v. 1870.
Zu den am Freitag, d. 23. d. Mts.,
und Sonntag, den 25. d. Mts.,
im Gewerbehaus stattfindenden
Recitationen

des Herrn **Carl de Carro**
sind für Mitglieder und deren An-
gehörige Billets zum ermäßigten Preise
bei Herrn **G. Haaf** zu haben.
Der Vorstand.

**Danziger Allgemeiner
Gewerbe-Verein.**
Donnerstag, den 22. Januar,
Abends 8 Uhr,
Vortrag
vor Damen und Herren von Herrn
Rabbiner **Dr. Werner:**
„Allah und sein Prophet“.
Vorher um 7 Uhr:
Bibliothekstunde.

Billets zu den am 23. u. 25. Jan.
stattfindenden Vorträgen des Herrn
C. de Carro sind für die Mitglieder
des Gewerbe-Vereins und deren An-
gehörige zu den ermäßigten Preisen
von 75 Pf. bei Herrn **Rehmstahl,** Woll-
webergasse 13, zu haben. (9249)

**Ornithologischer
Verein**
zu Danzig.
Donnerstag, den 22. d. M.,
Sitzung im Saale der Naturforschers-
den Gesellschaft.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: Die Sumpfschnecke,
mit Demonstration.
2. Stats-Berathung pro 1885.
3. Decharge-Ertheilung.
4. Wahl.
Der Vorsitzende.
Dr. Pieper. (9215)

**Friedrich-Wilh.
Schützenhaus.**
Sonnabend, den 24. Januar
Maskenball.

Café Noetzel.
Jeden Mittwoch und Freitag:
Concert
von der Kapelle des 4. Ostpr. Gren-
regiments Nr. 5, unter persönlicher
Leitung des Herrn **Theil.**
Anfang 4 Uhr. Ende gegen 10 Uhr
Entree frei. (9048)

**Friedrich-Wilhelm-
Schützenhaus.**
Donnerstag, den 22. Januar cr.:
14. Sinfonie-Concert
der Kapelle des 4. Ostpr. Grenadier-
Regiments Nr. 5.
(Coriolan Duverture v. Beethoven,
Prélude v. Alzer Hamerik, Menuett
von Boccherini, C-dur-Sinfonie von
Schubert etc.)
Anfang 7 1/2 Uhr. — Entree 30 Pf.
Logen 50 Pf. Kaiserloge 60 Pf.
C. Theil. (9236)

Apollo-Saal.
Dienstag, den 27. Januar:
CONCERT
gegeben von
Herrn **Professor de Ahna,**
Fräulein **Teresa Tosti,**
Herrn **Heinr. Stading**
und **Rudolf Panzer.**

Program.
1. Theil.
1. Sonate F-dur für
Violine u. Pianof. Beethoven.
Herrn Prof. de Ahna
u. Rudolf Panzer.
2. Arie aus „Cam-
sion und Dalila“
Hr. Teresa Tosti.
3. Concert G-moll f.
Violine.
Hr. Prof. de Ahna.
4. Gruppe aus dem
Tartarus
Hr. Heiner Stading.
5. Wanderer-Fantasia Schubert.
Hr. Rud. Panzer.
2. Theil.
1. a. Legende . . . Wieniawski.
b. Carantella . . . Gustav-Holländer
c. Balie . . . Chopin-de Ahna.
Hr. Prof. de Ahna.
2. a. Wegweiser a. d.
Winterreise . . . Schubert.
b. Waldbengelbrach
u. Lehn-deine Wang
an meine Wang . . . Jensen.
d. Der Schied . . . H. Biedot.
Hr. Teresa Tosti.
3. 4. Fantasiestücke . . . R. Panzer.
Hr. Rud. Panzer.
4. a. Naladichalken . . . Jensen.
b. Maimacht . . . Brahms.
c. Ueber'm Garten
durch die Kiste
d. Nichts zu holen
Hr. Heiner Stading.
5. 2 Duette. a. Wan-
derers Nachtlied . . . Schubert.
b. Anglied . . . Schumann.
Hr. Teresa Tosti u. Hr. Stading.
Numerirte Plätze 3 M. Stehplätze
2 M. Schülerbillets 1 M. sind in der
Musikalien-Handlung von **Constantin**
Ziemsen zu haben. (9235)

Apollo-Saal.

Mittwoch, den 28. Januar cr.,
Abends 7 Uhr,
CONCERT
Fräulein **Flora Friedenthal**
aus Warschau.

1. Chromatische Fantasia und Fuge
von J. C. Bach.
2. a. Gavotte von Gluck-Brahms.
b. Presto von Mendelssohn.
c. Chant, polonaise von Chopin.
d. Etude von Rubinstein.
3. Variations-erieux v. Mendelssohn
4. a. Follie . . . b. Ständchen.
c. Eröffnung von Schubert-Liszt.
5. Rhapsodie von Liszt.

Billets: nummerirt a 3 M. — Steh-
plätze a 1.50 M. — Schüler-Billets
a 1 M. sind bei **Constantin Ziemsen,**
Musikalien- u. Pianoforte-Handlung
zu haben. (8959)

Stadt-Theater.
Donnerstag, 24. Ab.-Vorst. 10. Bons-
Vorstellung. Zum 5. Male: **Der
Hinterbühler.** Schauspiel in 4 Acten
von C. Dinet.
Freitag, 25. Ab.-, 11. Bons-Vorstell.
Zum 5. Male: **Die Waise.** Musik-
drama in 3 Acten von Richard
Wagner.
Sonnabend: Klassiker-Vorstellung zu
halben Preisen. Faust. Dramati-
sches Gedicht in 5 Acten v. Göthe.

Wilhelm-Theater.
Donnerstag, den 22. Januar cr.

**Große
Künstler-Vorstellung.**

Neues Personal.
Erstes Auftreten des Künstlerpaars
Mrs. Leonce & Mad. Lolla.
Schauspiel des Schlangemenschen
Mr. Bagessen.
Erstes Auftreten der Schwebin
Fräulein **Hanne Evert.**
Um 9 Uhr:
Der Wunderhase Willy Panzer.
9 1/2 **Frères Weldemann.**
Jeuneur Walton.
Beucci u. Fran (Equilibrist).
Fräulein **Bergmann & Dolly.**
Man de Wirth.

Kassenöffnung:
Sonntags 5 1/2 Uhr, Anfang 6 1/2 Uhr.
Wochentags 6 1/2 Uhr, Anfang 7 1/2 Uhr.

30 Mk. Belohnung.
Ein neues, schwarzledernes Por-
temonnaie enthaltend 1 Hundertmark-
schein, 3 20- u. 1 10-Markstück, sowie
ca. 2.50 Silber- u. Nickelgeld, ist
am 20. d. Mts., Abends kurz vor 11
Uhr, im Restaurant „Berliner Hof-
bräu“ resp. auf dem Wege zur Pferde-
bahn abhanden gekommen. Wieder-
bringer erhält obige Belohnung Heil.
Geißgasse 122.

Ein schwarzer Hund (Neufundländer)
hat sich verlaufen. Abzugeben
Hundegasse 32.

Wie es geht.
Sie redeten ihr zu: Er liebt dich
nicht.
Er spielt mit dir — Da neigte sie das
Haupt,
Und Thränen perlten ihr vom Angesicht
Wie Thau von Rosen; o, daß sie's
gegannt!
Denn als er kam und zweifelnd fand
die Braut,
Ward er voll Trost, nicht trübe wolllt'
er scheinen;
Er sang und spielte, trank und lachte
laut,
Um dann die Nacht hindurch zu weinen.
Wohl pocht' ein guter Engel an
ihr Herz:
„Er ist doch tren, gib ihm die Hand,
o gib!“
Wohl fühlt auch er durch Bitterkeit
und Schmerz:
„Sie liebt dich doch, sie ist ja doch
dein Lieb,
Ein freundlich Wort nur sprich, ein
Wort vernimm,
So ist der Zauber, der euch trennt,
gebrochen.“
Sie gingen — sahn sich an, o, der
Stolz ist schlimm!
Das Eine Wort blieb ungeprochen.
Da schieden sie. Und wie im
Münsterchor
Berglümmt der Altarlampe rother
Glanz —
Erst wird er matt, dann flackert er
empor
Noch einmal hell, und dann verlöscht
er ganz —
So starb die Lieb in ihnen, erst bereint,
Dann heiß zurückgekehrt, und dann —
vergesen.
Bis sie zuletzt, es sei ein Wahn
gemeint,
Daß sie sich je dereint vereinen.

Nur manchmal führen sie im
Wunderlicht
Vom Kissen auf. Von Thränen war
es naß,
Und naß von Thränen, war noch ihr
Gesicht;
Geträumt hatten sie — ich weiß
nicht was.
Dann dachten sie der alten schönen
Zeit,
Und an ihr nichtig Zweifel, an ihr
Scheiden,
Und wie sie nun so weit, so ewig
weit.
O Gott, vergieb, vergieb den Beiden!

Druck u. Verlag v. A. W. Kutschera
in Danzig
Hierzu eine Beilage.

Beilage zu Nr. 15044 der Danziger Zeitung.

Mittwoch, 21. Januar 1885.

Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung vom 20. Januar.

Fortsetzung der ersten Verathung des Etats 1885—86.
Abg. v. Huene: Wenn es auch viel zu weitgehend ist, mit dem Abg. Rickert zu sagen, die Steuer- und Zollreform habe vollständig Fiasco gemacht, so kann man doch keinenfalls Befriedigung empfinden, wenn man die gegenwärtige thatsächliche Finanzlage betrachtet. Was dann den Eisenbahnetat betrifft, so werden die Ueberschüsse aus der Verwaltung auch ferner wesentlich zum Bau von Landesmeliorationsbahnen verwendet werden müssen, wobei indessen die rechte Grenze zu finden ist; denn jeder Abgeordnete hat für seinen Wahlkreis eine Bahn in der Tasche. (Widerspruch des Abg. v. Minnigerode.) Hr. v. Minnigerode hat vielleicht mehrere! (Heiterkeit.) Uebrigens würden unsere Ueberschüsse bei der Eisenbahnverwaltung um ca. 12 Mill. höher sein, wenn die Post die Leistungen der Eisenbahnen vollständig vergütete. (Sehr richtig!) Der Eisenbahnminister müßte diese Vergütung recht energig von der Reichspostverwaltung verlangen, welche — wenigstens wenn man die Postpaläste betrachtet — eine recht wohlhabende Behörde zu sein scheint. (Heiterkeit.) Was nun den Fortgang der Steuerreform betrifft, so werden wir vor Allem für die Börsensteuer eintreten. Die Befreiung der unteren Volksklassen von den directen Steuern war bisher nur scheinbar; die unteren Klassensteuerebenen sind zwar dem Namen nach aufgehoben, die Einschätzung ist dafür aber schärfer geworden, was ich indessen keineswegs tadle, sofern die Einschätzung nur gerecht ist. Die directen Steuern wollen wir nicht weiter vermindern, ehe uns nicht eine andere, ebenso feste Grundlage als Ersatz geboten wird. Die Ueberschüsse, die aus den erhöhten Getreidezöllen uns zufließen werden, bitte ich den Communen zu überweisen. (Zustimmung.) Dann bleibt das Geld im Lande und wandert nicht nach Afrika. Man darf ferner bei der Fortführung der Steuerreform nicht wie bisher die Reichsfinanzen von den Staatsfinanzen getrennt behandeln, beide gehören zusammen. An die Prüfung des Etats werden wir mit dem Motto herantreten müssen: Daumen auf den Beutel! (Beifall im Centrum.)

Finanzminister: Der Abg. v. Huene meint, es sei unzulässig, die Finanzlage Preußens „an sich“ zu betrachten, man müsse nothwendig dabei die des Reichs und die Preußens zusammenfassen. Ich meine aber, man kann die combinirte Betrachtung nicht besser anstellen, als wenn man zunächst die Finanzlage jedes Factors „an sich“ betrachtet. Sehr dankbar bin ich dem Abg. v. Huene dafür, daß er die Frage der Beschaffung weiterer Mittel für Preußen in ausführlicher Weise behandelt hat. Die Wahrscheinlichkeit, ob dem Tabaksmopol in das Angezicht zu sehen sein wird, und die Börsensteuer will ich hier nicht weiter erörtern, sondern nur die Pläne auf dem Gebiete der directen Steuern mit einigen Worten berühren. Wir wollen, daß das, was wir an directen Steuern zu erlassen beabsichtigen, durch die Kapitalrentensteuer gedeckt werde. Es ist eine absolut unzulässige Unterstellung, daß die Steuerschraube der Regierung schon dafür sorgen werde, durch vermehrte Einschätzung in die nächstvorangehenden Klassen die erlassenen Summen möglichst wieder einzubringen. Wenn das Haus beschlosse, auch die fünfte und sechste Stufe zu

erlassen, so würde die Regierung gewiß nicht Nein sagen. Bei dem Vorschlage des Abg. Huene in Bezug auf die Verwendung der aus den Getreidezöllen zu erwartenden Ueberschüsse warne ich vor zwei Dingen: Erstens davor, daß in unserem Finanzwesen das System einreißt, daß man immer eine bestimmte Einnahme zu einer bestimmten Ausgabe anweist. Es ist der große Fortschritt der preussischen Finanzverwaltung, der sich 1820 zuerst angebahnt hat, daß wir eine Staatskasse haben, in die alle Einnahmen fließen und aus der alle Ausgaben entnommen werden. Und zweitens kann ich nur davor warnen, daß das, was Sie den Communen zuführen wollen, in schwankenden Summen bestehe. Der Abg. Rickert hat gestern an meine Adresse den Vorwurf gerichtet, „daß die Finanzpolitik der Regierung durch schwankende Ueberweisungen dazu beitrage, die Finanzen der Einzelstaaten und der Communen in Verwirrung zu bringen.“ Mich trifft der Vorwurf nicht. Darin habe ich mich stets von meinem Amtsvorgänger unterschieden, daß ich dieses Verfahren, so weit ich konnte, bekämpft habe. Eine temporäre Außerhebesetzung, bei der der Empfänger der Wohthat vielleicht schon im nächsten Jahre derselben verlustig geht, hat mich nie begeistern können. (Abg. Rickert: Das haben wir nicht gemußt!) Haben Sie schon einmal von mir einen Vorschlag zu einer temporären Außerhebung bekommen? Ich habe immer nur definitive gesetzliche Erlasse vorgeschlagen. Abg. Rickert bemerkte dann, daß ich seine politischen Freunde im Reichstage direct angeredet habe, was der Reichskanzler als nicht zulässig bezeichnet habe. Wenn ich dies gethan habe, so ist es jedenfalls nicht so und mit dem Erfolge geschehen, daß der betreffende Abgeordnete sich dadurch verletzt gefühlt haben würde. Abg. Rickert warf mir dann vor, daß in meiner Rede zum vorigen Etat 27 Zeilen gelperrt gedruckt gewesen seien; bei dem gedämpften Tone, in dem ich dieses Mal gesprochen, werde dies wohl nicht wieder der Fall sein. Ich thue das nicht, um meiner Rede ein größeres Relief zu geben, sondern im Mitgefühl mit den Unglücklichen, die die Rede nachzulesen haben, um ihnen die Arbeit zu erleichtern. Gegenüber den nothwendigen aber unbefriedigten Bedürfnissen, von denen ich sprach, bemerkte der Abg. Rickert, die Thronrede habe davon nichts erwähnt, ein Mitglied der Regierung habe diese Bedürfnisse neu auf die Tagesordnung gesetzt. Als ob sie jemals abgesetzt worden wären! Ich kann mir das nur daraus erklären, daß dem Abgeordneten die Existenz dieser Bedürfnisse auf das äußerste unbequem ist. Der Abg. Rickert meinte, der Minister Camphausen habe viel von der Entwicklung der Stempelabgaben erwartet. Camphausen hat sich dafür interessiert, die Stempel auf das Reich zu übertragen, ist aber schon im Kreise der verbündeten Regierungen auf Widerstand gestoßen. Daß aber im Particularstaate Preußen die Entwicklung der Stempelabgaben nicht dazu führen würde, uns zu helfen, wird auch Camphausen geglaubt haben. Der Abg. Rickert hat vielleicht an die Erbschaftsteuer gedacht. Auch diese Frage ist im Schoße der Regierung erwogen. Die Vorstellungen aber, die durch die Erträge derselben in England und Frankreich geweckt werden, treffen für uns nicht zu; die Erträge würden bei uns erheblich hinter jenen zurückbleiben. Dann hat sich der Abg. Rickert gestern des Ausdrucks Fiasco angenommen; derselbe sei richtig, weil im Reiche Versprechungen gemacht worden sind, die nicht gehalten werden konnten.

Unter Berufung auf den bekannten Dezemberbrief des Reichskanzlers, auf die Rede desselben vom 2. Mai 1879, auf die eigenen Auslassungen am 10. Mai 1882 und die Rede des Reichskanzlers vom 15. Juni 1882 erwidert Redner, daß Versprechungen überhaupt niemals gemacht worden seien. Die Verwendung der Einnahmen ist nicht durch die Regierung allein erfolgt, die parlamentarischen Körperschaften haben ihre Zustimmung zu den Ausgaben gegeben. Die Behauptung, die Regierung habe Versprechungen, die nie gegeben worden sind, nicht erfüllt, ist also ein vergeblicher Versuch, den kühnen Ausdruck Fiasco zu rechtfertigen.

Abg. v. Benda (nat-lib.) Im Ganzen wäre ohne die Erhöhung der Matricularbeiträge der Etat ein befriedigender. Es wäre wohl besser, wenn man die vielfachen Forderungen für Schulen u. s. w. soweit es bei den preussischen Mitteln möglich ist, zu befriedigen suchte. Die Schullehrer werden jetzt lieber 100 000 M. nehmen, als sich nochmals auf eine ferne Zukunft vertrusten lassen. Die schlechten Zustände des Reichsetats gestatten solch kühnes Vorgehen jetzt nicht. Am meisten Aussicht auf baldiges Zustandekommen haben noch die Getreidezölle. Allein ich möchte Frn. v. Huene bitten, das Jell des Bären nicht eher zu vertheilen, ehe er ihn erlegt hat. Was die Reform der directen Steuern anbelangt, so hätten die Ausführungen des Finanzministers alle Anhänger der alten Steuerpolitik wahrhaft in Schreden gesetzt, denn er stellte den Plan auf, auch die 3., 4., 5. und 6. Steuerstufe frei zu lassen. Schon der Befreiung der 1. und 2. Stufe haben die Nationalliberalen nur in der Erwartung zugestimmt, daß damit das Aeußerste geschehen sei. Einer weiteren Ermäßigung zuzustimmen, sei keine Neigung.

Abg. Mooren (Centr.) bedauert, daß die Ausgaben für den kirchlichen Gerichtshof und für Schulinspektionen noch immer im Etat stehen. Die Landwirtschaft liege darnieder, so daß die Auswanderung nach Amerika als einzige Rettung erscheine. Die Steuereinschätzung sei immer schärfer geworden.

Abg. v. Minnigerode: Hr. Rickert sprach von einem Fiasco der Finanzpolitik. Er wollte wohl nur das Fiasco seiner Partei damit verdecken. Die Verhältnisse sind eben stärker als die Menschen; die Ausgaben im Reiche kann auch der Abg. Rickert und seine Freunde nicht so beschränken, daß das Plus von 24 Mill. Mark Matricularbeiträge verschwindet. Die Finanzlage in Preußen ist im Allgemeinen günstig, nur die Lage der Landwirtschaft ist eine äußerst trübe. Was Getreidezölle betreffe, so wolle er auf die Behauptung, daß dadurch das Brod vertheuert werde, nicht eingehen. Eine solche Behauptung erweise einen Mangel an Wissen wie gutem Willen. Er hoffe, daß der Reichstag bald einen guten Griff in dieser Beziehung thun wird, sonst wird er bald einen Nachfolger haben; im Lande sind die Leute satt, sie sagen, erst leben und dann schwagen. Mit der Verwendung der bei der Conversion ersparten 2 700 000 M. für die Lehrer bin auch ich unverstanden. Weshalb gerade der Abg. Rickert dafür eingetreten ist, weiß ich nicht, es müßte denn sein, daß er dafür für den Herbst Früchte erwarte, die aber hoffentlich nicht in seinen Schooß fallen werden. Die Getreidezölle werden außer ihrem wirtschaftlichen auch einen finanziellen Erfolg haben, und wenn dazu noch eine Consumsteuer auf Bier und Branntwein, vielleicht auch auf Tabak kommt, so werden dem Reiche bedeutend

mehr Einnahmen zufließen. Man wird dann allerdings demagogisch sagen, daß man diese neuen Steuern den Conservativen verdanke, allein man sollte doch bedenken, daß, wenn die Conservativen die indirecten Steuern nicht bewilligt hätten, so hätten die directen Steuern verdoppelt und verdreifacht mer en müssen.

Eisenbahnminister Maybach: Das Gesamtergebnis der Eisenbahnverwaltung ist ein überaus günstiges. Der Ueberschuß beträgt 200 und 1/2 Mill. nach Abzug von 85 Mill. für Verzinsung und Tilgung, worunter allein 15 Mill. für Amortisationen. Die Verzinsung der Eisenbahnkapitalschuld erfordert einen Aufwand von 157 Mill. Es bleibt also ein Ueberschuß von 41 Mill., davon sollen verwandt werden zur Deckung des Deficits 2 200 000 M., zur Amortisation 30 Mill. Der Rest soll für andere Staatszwecke disponibel gehalten werden. Wenn man auch den Daumen auf den Beutel halten will, so hoffe ich, Sie werden nicht targ sein, wenn wir demnächst mit einer Vorlage an Sie treten, welche darauf abzielt, das Eisenbahnwesen zu verbessern und neue Meliorationsbahnen zu bauen. (Beifall rechts.)

Abg. Büchtemann weist aus den Reden im Reichstage nach, daß sowohl von der Regierung als von den Parteien die Meinung geheißt worden sei, daß in erster Reihe Erleichterungen der Steuern herbeigeführt werden sollen, nicht eine Deckung des Deficits. Die Entlastung ist bisher nur in sehr geringem Maße erreicht. Von den 130 Mill. neuer Steuern sind Preußen kaum 40 Mill. zuzufallen, während der Finanzminister Hobrecht auf einen Ertrag von 166 Mill. gerechnet hatte, wovon 100 Mill. auf Preußen fallen sollten. Die Ursache der finanziellen Mißerfolge liege in der Zukerkrise, die lediglich aus der hohen Exportbonifikation herstamme. Eine rechtzeitige Aenderung ist von der Regierung versäumt worden, weil man lediglich die Interessen der Großgrundbesitzer dabei berücksichtigt hat. Die Nothlage der Landwirtschaft werde immer behauptet, ohne daß die Grundlagen dafür vorhanden sind. Nach den amtserhebungen beträgt die Verschuldung beim großen Grundbesitz das 23fache, beim mittleren Grundbesitz das 18fache, beim kleinen das 12fache des Grundsteuer-Reinertrages, eine Verschuldung, die nur einen kleinen Theil des Kaufpreises darstelle. Die beunruhigenden Zustände des bäuerlichen Besitzes seien also nicht so schlimm, man könne allenfalls von einer Nothlage des Großgrundbesitzes sprechen. Wenn die Thronrede es so darstelle, als ob alle übrigen Erwerbszweige außer der Landwirtschaft in blühendem Zustande wären; die Industrien, z. B. die Eisen- und Kohlenindustrie, befänden sich in mindestens ebenso schlechter Lage. Deshalb sei es fehlerhaft, die Landwirtschaft zum Ausgangspunkt der Finanzpolitik zu machen. Redner trat dann der Behauptung entgegen, daß Getreidezölle das Brod nicht vertheuern; die statistischen Zahlen, welche man dafür anführe, seien falsch. Die Besoldungsverbesserungen sollte man nicht schlechtmachen, sondern generell vornehmen, weil sonst Verbitterung hervorgerufen wird. Wenn die Meliorationsbahnen das finanzielle Resultat der Eisenbahnen verschlechtern, dann sollte man zu einem anderen System übergehen, vielleicht den Bau den Privaten überlassen. In gefunden Verhältnissen könne man nicht kommen, wenn man nicht die directen Steuern als werthvoll be- behalte.

Finanzminister: Auch dem Abg. Büchtemann ist

der Nachweis, daß die Regierung vor der Steuerreform Versprechungen gemacht und nachher nicht gehalten habe, nicht gelungen. Die Steuerreform ist ja noch nicht ganz abgeschlossen, wir stehen vielmehr noch darin. Man habe 1879 den ersten unzulänglichen Schritt dazu gethan. Die Krisis der Zuckerindustrie haben wir nicht vorherzusehen können, die Calamität ist selbst für die zunächst Betheiligten so überraschend gekommen, daß nichts dagegen gethan werden konnte. Die Mißstände in Oesterreich und in der Havannah sind eben so schlimm. Wäre die Regierung vorgegangen, so hätte man sie nachher angeklagt, daß ihre Maßregel an der Krisis Schuld sei. Die Berathung wird auf Mittwoch vertagt.

Provinzielles.

Br. Stargardt, 20. Januar. Den „N. W. Mitth.“ schreibt man von hier: Das von verschiedenen Zeitungen colportirte Gerücht, die Untersuchung gegen den bisher nicht ermittelten Mörder des Knaben Cybula in Skurz werde von Neuem aufgenommen und die Abfindung eines Criminalbeamten nach Skurz verfügt werden, entbehrt jeder Begründung.

8 Marienburg, 20. Januar. Aus den Verhandlungen des am 17. d. im Köpfe'schen Saale hieselbst tagenden Verbandes der landwirthschaftlichen Vereine im großen und kleinen Werder dürfte noch besondere Erwähnung verdienen ein Vortrag des Herrn G. R. Claassen-Liege, welcher öffentlich Beschwerde führte über die Mangelhaftigkeit der im September 1883 stattgefundenen Aufnahme der Nachweisungen über die Gemeinde-Einnahmen und -Ausgaben zu statistischen Zwecken. Seitens der königl. Regierung wurde, wie Redner vorträgt, durch Verfügung vom 1. September 1883 von sämtlichen Gemeinden des Regierungsbezirks eine Nachweisung über die von denselben zu leistenden Staats- und Communalabgaben verlangt. Die Anfertigung dieser Nachweisung wurde durch das Kreisblatt vom 6. September 1883 mit dem Hinzufügen bekannt gemacht, daß erstere am 10. desselben Monats dem königl. Landrathsamte bei Vermeidung von Strafe eingereicht sein müsse. Mag nun die etwas kurz bemessene Zeit von 4 Tagen (einschl. eines Sonntags) oder auch die nicht sofort klar zu verstehende Instruction die Schuld tragen, so ist es notorisch, daß qu. Nachweisungen so mangelhaft sind, daß sie kein auch nur annähernd richtiges Bild der Gemeinde-Naturalleistungen geben, wie folgender Nachweis aus nur 40 Listen beweisen soll. Die Gemeinden Alteballe, Angulmalde, Barenhof, Barent, Al. Brunau, Kronsnest, Dammfelde, Eichenhorst, Haberhorst, Heubuden, Jankendorf, Altenau, Bärwalde, Eichwalde, Fischau, Zergang, Rühmerder, Diebau, Gr. Lewitz, Neuteicher-Hinterfeld haben in Tit. II. Rubr. 13—18, wo die Ausgaben, welche die Standesamtskosten umfassen, meistens nichts verzeichnet. In Tit. III. Rubr. 25 und 26 ist von einer großen Zahl von Gemeinden nichts eingetragen. Es haben die 7 Gemeinden Barenhof, Marcusshof, Gr. Brunau, Eichenhorst, Diebau, Heubuden, Neuteich keine Wegeunterhaltungskosten eingetragen und doch ist es Thatfache, daß jede nicht ganz kleine Gemeinde Wegeunterhaltungskosten zu leisten hat. Bei Tit. XI. Rubr. 93 Entwässerungswerke haben 11 Gemeinden Alteballe, Barent, Gr. und Al. Brunau, Haberhorst, Heubuden, Hinterthor, Latenwalde, Eichwalde, Drloff, Schönwiese nichts aufgeführt, während thatsächlich beispielsweise die Gemeinde Alteballe zu einer Entwässerungsgenossenschaft gehört und eine Dampfentwässerungsmühle unterhält, was große Kosten verursacht, und daß ferner die Ortschaften Drloff, Gr. Brunau, Haberhorst und Heisterthor mindestens eine und die Gemeinde Schönwiese sogar 3 Windentwässerungsmühlen besitzen. Ebenso war es in verschiedenen Gemeinden mit Armenlasten und Verwaltungskosten. In Tit. XII. sollten alle Ausgaben verzeichnet werden, welche nicht anderweitig einzutragen waren. Es sind hier von vielen Gemeinden die Domänen-Amortisations-

renten und die Deichlasten eingetragen. Das Landrathsamt zu Marienburg war der Ansicht, daß diese Abgaben nicht hierher gehören und strich diese Eintragungen, trotzdem es in der Instruction Amtsbl. 35 von 1883 heißt: „die Nachweisung hat den Zweck, die sämtlichen Ausgaben und Einnahmen der Stadt- bzw. Landgemeinden, sowie das Aufkommen von directen Staatssteuern in möglichst vollständiger und überreicher Weise zur Anschauung zu bringen“; es dürften hierunter wohl alle Ausgaben zu verstehen sein, welche der Gemeindevorsteher einzieht. Die Höhe der gestrichenen Ausgaben betrug 9—10 M. pro Kopf. Auch für die Abgaben an die Geistlichkeit ist, wo sie in Form von Naturalleistungen bestehen, eine Rubrik zur Eintragung in die Listen nicht vorhanden und doch dürfte es zweifellos sein, daß auch diese zu den erforderlichen Ausgaben gehören. Schließlich muß aber noch besonders darauf hingewiesen werden, daß es wohl sehr nothwendig ist, die Steuern in den Aufnahmelisten nicht nur per Kopf der Bevölkerung zu vergleichen, sondern neben diesem Modus noch den nach den Staatssteuern anzuwenden. Denn es kommt auf dem Lande sehr häufig vor, daß Gemeinden pro Kopf recht wenig und nach Staatssteuern einen sehr hohen Procentfuß zahlen. So zahlt z. B. die Gemeinde Schöneberg an Grundsteuer 400 % der Staatssteuer, jedoch nur 9 M. Staats- und Gemeindesteuer pro Kopf der Bevölkerung. Dagegen zahlt die Gemeinde Gr. Lewitz an Gemeindesteuern 230 % der Staatssteuer und doch pro Kopf 29 M. Staats- und Communalsteuer. Rechnet man außerdem noch die Deichlasten und die Domänen-Amortisationsrenten zu Gemeindeausgaben, so würde sich die beregte Berechnungsart noch viel einseitiger gestalten. — Eine bezüglich die Vorstellung hinsichtlich der vom Redner vorgeführten Punkte an die Regierung und an das statistische Amt mit dem Ergehen um eben. Berichtigung habe nur einen negativen Erfolg gehabt. Von Herrn Blend, dem Vorstande des statistischen Amtes in Berlin, ist seiner Zeit der Belaid ergangen, daß das statistische Amt gemäß höherer Ermächtigung das statistische Material zu verbessern versucht habe. Jedoch könne eine Beseitigung der vorgebrachten und begründeten Mängel nicht mehr erfolgen, da das Resultat der Erhebung abgeschlossen und wie nachträgliche Berichtigung unthunlich und zwecklos wäre. Bezüglich der Deichlasten wird bemerkt, daß dieselben, wenn sie noch Gemeindefasten sind (oder auf besonderen Deichverbänden ruhen, wie z. B. in Schleswig-Holstein), mit vollem Rechte vom tgl. Landrathsamte zu Marienburg gestrichen worden sind, weil in die Tit. II—XII der qu. Nachweisung nur die Ausgaben und Einnahmen der politischen Gemeinden als solche aufzunehmen wären. Die Versammlung, welche den Ausführungen des Redners mit großer Aufmerksamkeit gefolgt war, beschloß hierauf einstimmig, unter Anschluß eines Memorials folgendes Gesuch an den Landwirtschaftsminister zu richten: „Wir bitten unsere Vorstellung dahin berücksichtigen zu wollen, daß die Deichlast, Domänen-Amortisationsrenten und Leistungen an die Geistlichkeit als Gemeinde-Abgaben betrachtet werden und unsere sonstigen Ausstellungen als schätzbares Material bei fernerer Erhebungen Beachtung finden.“

* Der Referendar Franz Schrod zu Elbing ist zum Gerichtsassessor ernannt und dem Amtsgerichte daselbst zur Beschäftigung überwiesen.

-w- **Aus dem Kreise Stuhm, 20. Jan.** Ein schwerer Unfall ereignete sich am 19. d. Mts. unweit Troop. Der im Dienste des Gutsbesizers F. zu Troop stehende Knecht Nahlenz war, um Holz zu holen, in den Wald gefahren. Auf dem Rückwege fiel er vom Pferde und wurde vom nachfolgenden Wagen so unglücklich überfahren, daß seine Ueberführung in das Kreislazareth nothwendig war. Der Arzt constatirte als besonders schwere Verletzung den Bruch des Schenkeins.

-r. **Schwet, 20. Januar.** Auf dem in der Nähe unserer Stadt gelegenen Gute Morsk hat in der Nacht von Freitag zu Sonnabend die leidige Deichklappe

wiederm zwei Menschenleben als Opfer gefordert. Es schliefen dort die Wirthin, eine schon bejahrte Frau, und das Stubenmädchen in einem Zimmer, dessen Ofen noch zur Nacht mit Steinkohlen geheizt war. Als am nächsten Morgen auf vieles Pochen die Zimmerthür nicht geöffnet wurde, erbrach man dieselbe und fand die beiden Personen todt in ihren Betten. Der schnell herbeigeholte Arzt konnte nur den Tod, durch Kohlenoxydgas herbeigeführt, constatiren. Nach der Ansicht des Arztes befand sich so viel Kohlen gas in dem Zimmer, daß der Tod schon um Mitternacht eingetreten sein muß. Vor einigen Wochen soll übrigens der Inspector dieses Gutes auch nahe daran gewesen sein, auf diese Art sein Leben zu verlieren. — Noch ist der Attentäter, welcher auf den von einer Kalende aus Dt. Westphalen heimkehrenden Vicar Odromski in der Nähe von Sartowitz sechs Revolvergeschosse abgefeuert hat, glücklicherweise ohne denselben zu verlesen, nicht ergriffen. Es hat daher der hiesige katholische Pfarrer B. auf die Ermittlung des Thäters eine Belohnung von 50 Mark ausgesetzt. — Zum Zwecke der Anregung zur Betheiligung der Gewerbetreibenden unseres Kreises an der vom 16. August bis 7. September d. J. in Graudenz stattfindenden Gewerbe-Ausstellung fand am Sonntag eine Versammlung statt, welche von ca. 50 Handwerksmeistern und anderen Interessenten besucht war. Rechtsanwalt Kabilinski aus Graudenz hielt einen längeren Vortrag über das dortige Unternehmen. Als Ausstellungsort soll das Etablissement Tivoli mit den angrenzenden Aedern in Aussicht genommen werden, welche sich sehr gut dazu eignen. Preismedaillen und Ehrendiplome werden voraussichtlich in nur geringer Zahl ausgegeben, dagegen soll aber jeder Aussteller ein Erinnerungsdiplom erhalten. Was die Kosten für die auszustellenden Gegenstände betrifft, so haben die Aussteller für je 1 Quadrat-Meter bedeckten Raum 1 M. für 1 Quadrat-Meter unbedeckten Raum 0,25 M. zu zahlen. Nachdem Rechtsanwalt Kabilinski zur Sicherung der Kosten die Nothwendigkeit der Ausgabe von Garantiescheinen an die theilnehmenden Kreise, die städtischen Communen und Private klar gelegt, wurde ein Local-Comité, aus 9 Mitgliedern bestehend, gewählt, das mit den Gewerbetreibenden in Verbindung treten soll. Es gehören zum Comité: Landrath Dr. Gerlich, Bürgermeister Technau, Ritterguts-pächter Engelhardt-Konowath, Maler Brandt, Töpfermeister Schult, Tischlermeister Schön, Schlossermeister Richter, Schneidermeister Salzmann und Schuhmachermeister Schröder.

E. Schwet-Neuenburger Niederung, 20. Januar. In der Nacht von gestern zu heute hat auch hier sich das Eis der Weichsel festgesetzt. Der Wasserstand ist ein niedriger.

-s. **Von der Kulmer Fähre, 20. Jan.** In der Nacht vom 19. zum 20. blieb das Eis oberhalb Bientomka, etwa 8 Kilometer oberhalb Kulm, stehen. Wasserstand vorher 0,45 Meter, nach dem Sezen 0,16 Meter, am Tage langsame Wachsen, Nachmittags 5 Uhr 0,26 Meter, wächst noch. Nach unten zu steht das Eis etwa 5 Kilom. entfernt. Hier haben wir jetzt nur ganz geringes junges Eistreiben. Traject für Personen und Gepäc jeder Art bei Tag und Nacht per Dampfer und Personenkähne, für leichtere Fuhrwerke nur bei Tage und zwar mit angehängten Spitzprähnen.

** **Königsberg, 20. Januar.** Aus Anlaß des 200jährigen Handel-Jubiläums veranstalten die Musikalische Akademie und die Singakademie gemeinsam am Donnerstag im Dom die Aufführung des „Samson“. Als Solisten wirken Herr und Frau Hildach, Frau Müller-Bäch und Herr Kisinger aus Düsseldorf (Tenor) mit.

— Die Convertirungsfrist für die zum 1. Juli d. J. gekündigten 4 1/2 procentigen Schuldverschreibungen der Königsberger Kaufmannschaft läuft mit dem 31. d. Mts. ab. Die Convertirenden erhalten 1 Proc. Prämie und es wird ihnen der am 1. Juli fällige Coupon, zu 4 1/2 Proc. gerechnet, schon jetzt bezahlt.

Newport, 19. Januar. (Schluß = Course.) Wechsel auf Berlin 94 1/2, Wechsel auf London 4,82, Cable Transfers 4,85 1/2, Wechsel auf Paris 5,26 1/4, 4 % fundirt. Anleihe von 1877 121 1/2, Erie-Bahn-Actien 13 1/2, New-Yorker Centralb.-Actien 85 1/2, Chicago-North Western Actien 88 1/2, Late-Shore-Actien 60 1/2, Central-Pacific Actien 32 1/2, Northern Pacific = Preferred = Actien 38 1/2, Louisville und Nashville Actien 23 1/2, Union Pacific Actien 48 1/2, Chicago Milw. u. St. Paul Actien 72 1/2, Reading u. Philadelphia Actien 15 1/2, Wabash Preferred Actien 12 1/2, Illinois Centralbahn Actien 119 1/2, Erie Second = Bonds 54 1/2, Central-Pacific = Bonds 110. — Waarenbericht. Baumwolle in Newport 11 1/2, do. in New-Orleans 10 1/2, raff. Petroleum 70 1/2, Abel Test in Newport 7 1/2, do. do. in Philadelphia 7 1/2, do. rohes Petroleum in Newport 6 1/2, do. Pipe Line Certificates — 0,69 1/4 C. — Mais (New) 52 1/2. — Zucker (Fair refining Muscovades) 4,72 1/2. — Kaffee (fair Rio) 9,55. — Schmalz (Wincor) 7,50, do. Fairbanks 7,50, do. Rohe und Brothers 7,50. Speck 7. Getreidefracht 4 1/2.

Productenmärkte.

Königsberg, 20. Januar. (v. Portatius u. Grothe.) Weizen für 1000 Kilo hochbunter russ. 122 1/2, 123 1/2, 145,75, 126 1/2 blsp. 144,75 M. bez., bunter russ. 122/3 1/2, 141 M. bez., rother 130 1/2, 153, russ. 124 1/2, 136,50, 123 1/2, 141 M. bez. — Roggen für 1000 Kilo inländischer 120 1/2, 123,75, 122 1/2, 130,50, 131,25, 124 1/2, 133, 133,75, 126 1/2, 135,50, 128 1/2, 138 M. bez., russisch ab Bahn 112 1/2, 108, 113/4 1/2, 109,25, 114 1/2, 110,50, 115 1/2, 111,25, 116 1/2, 112,50, 117 1/2, 113,75, 120 1/2, 117,50, 121 1/2, 118,75, 124 1/2, 122,50, 125 1/2, 123,75 M. bez., für Januar 130 M. Bd., für Frühjahr 130 M. Bd. — Gerste für 1000 Kilo große 137, russ. 97,75, 101,50, 105,75 M. bez., für Januar 130 M. Bd., für Frühjahr 130 M. Bd. — Erbsen für 1000 Kilo weiße russ. Victoria 153,25 M. bez., graue 128,75, 131 M. bez. — Bohnen für 1000 Kilo 118,75, 123,50, russ. mad 102,25 M. bez. — Wicken für 1000 Kilo 135,50, 137,75, 140, 142,25 M. bez. — Rüben für 1000 Kilo Doiter russ. 125 M. bez., Heddrich russ. ger. 97,25 M. bez. — Kleesaat für 50 Kilo rothe 25, 40, 42 M. bez., weiße 20, 32, 46, 51, 62 M. bez. — Thymothium für 50 Kilo 18 M. bez. — Spiritus für 10000 Liter % ohne Faß loco 43 M. bez., für Januar 43 1/2 M. Br., für Januar-März 44 M. Br., für Frühjahr 45 M. Br., für Mai-Juni 45 1/2 M. Br., für Juni 46 M. Br., für Juli 46 1/2 M. Br., für August 47 1/2 M. Br., für Sept. 48 M. Br. — Die Notirungen für russisches Getreide gelten transito.

Frankfurt a. M., 19. Januar. (F. Harburger.) Unser Markt bleibt bei geringen Umsätzen in abwartender Haltung. Ich notire: Weizen, Wetterauer 17 1/2 M. do. fremder 17 1/2 bis 18 1/2 M. — Roggen 16 1/2 M. — Gerste, Brauermare, 16 bis 19 M. — Hafer 13 1/2 bis 14 1/2 M. — Raps — M. — Weizenmehl, nord-deutsches Nr. 00 23 1/2 bis 24 1/2 M., Nr. 0 21 1/2 — 22 1/2 M., Nr. I. 18 bis 18 1/2 M., Nr. II. 16 M., Nr. III. 15 M. — Roggenkleie 5 M., Weizenkleie 4 — 4 1/2 M. für 50 Kilogr. — Roggenmehl Nr. 0/1 ab Berlin 20 1/2 bis 21 1/2 M. Alles für 100 Kgr. je nach Dual franco hier.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser, 20. Januar. — Wind: S. Gefegelt: Berlin (SD.), Hoppe, London, Ruder. 21. Januar. Wind: S. Gefegelt: Adele (SD.) Krüßfeldt, Kiel, Getreide und Holz. — Malaga (SD.), Bedmann, Valencia (via Gothenburg), Spiritus.

Nichts in Sicht. **Thorn, 20. Januar.** — Wasserstand: 0,93 Meter. Abends 1,72 Meter. Wind: SD. — Wetter: klar, Frost, schön, das Eis hat sich um 11 Uhr Vormittags zusammengeschoben und ist Nachmittags 3 Uhr zum gekommen.

Verantwortliche Redaction der Zeitung, mit Ausschluß der folgenden besonders bezeichneten Theile: G. Adner — für den lokalen und provinziellen Theil, die Handels- und Schiffsverkehrsrichtern: A. Klein, — für den Inlandverkehr: A. W. Kofmann; sämtlich in Danzig.